

Inhalt

I. Vorwort des Präsidenten	3
II. Das Jahr 2025 in der Rückblende	4
Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen	4
Aus der Grossratsfraktion	6
Ein kurzer Blick auf die Vernehmlassungsantworten	12
Die SVP im Netz	15
III. Tätigkeitsberichte	16
Parteiorgane	16
Geschäftsleitung	16
Parteivorstand	16
Delegiertenversammlungen	17
Fachkommissionen	18
Finanzkommission (FiKo)	18
Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)	19
Bildungskommission (BiK)	20
Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK)	21
Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK)	22
Sicherheitskommission (SiK)	23
SVP Frauen Kanton Bern	24
JSVP Kanton Bern	25
SVP Senioren Kanton Bern	26
Wahlkreise	27
Cercle électoral Jura bernois	27
Wahlkreis Biel-Seeland	28
Wahlkreis Emmental	29
Wahlkreis Oberaargau	30
Wahlkreis Mittelland Nord	31
Wahlkreis Stadt Bern	32
Wahlkreis Mittelland Süd	33
Wahlkreis Thun	34
Wahlkreis Oberland	36
Gerichte und Generalstaatsanwaltschaft	37
Obergericht	37
Verwaltungsgericht	38

Generalstaatsanwaltschaft	38
IV. Organisation / Personelles	40
Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane	40
Geschäftsleitung (GL)	40
Parteivorstand (PV)	40
Grossratsfraktion	41
Vertretung in der SVP Schweiz (Stand 31.12.2025)	42
Mitglieder des Parteivorstandes (alphabetisch)	42
Mitglieder der Parteileitung	42
Parteisekretariat	42
Stiftungsrat «Hilfsfonds SVP Kanton Bern»	42
Vorstand des «Bären-Club» der SVP Kanton Bern	42
Unsere Verstorbenen	43
V. Schlusswort der Geschäftsführerin	44
VI. Die Partei in Zahlen	45

I. Vorwort des Präsidenten



Früher galt in Vorwahljahren « Le calme avant la tempête ». Das Vorjahr zu den wegweisenden kantonalen Wahlen vom 29. März 2026 war für die SVP Kanton Bern aber keineswegs ruhig.

Die Vorbereitungsarbeiten zu den Regierungsratswahlen waren sehr intensiv. Nach vertieften strategischen Analysen und Diskussionen in der Partei und mit den bürgerlichen Partnerparteien hat sich die SVP schliesslich für eine ambitionierte Strategie mit einer dritten Kandidatur entschieden. Der bürgerliche Fünfer konnte sich im zweiten Halbjahr 2025 in breiten Kreisen vorstellen und hat sofort überzeugt. Der Kanton Bern erhält somit eine historische Chance, die bürgerliche Mehrheit zu konsolidieren und zur Konstellation 1990-2006 zurückzufinden.

Auf Stufe Grossrat waren die Vorarbeiten nicht weniger intensiv. In allen neun Wahlkreisen kamen starke Listen mit einer grossen Vielfalt aus allen Generationen und Berufsgattungen zustande. Die regionalen Wahlleitungen haben die wichtige Aufgabe der Kandidatensuche mit Bravour gemeistert. Mit 225 kompetenten und motivierten Kandidaturen will die SVP Kanton Bern einen spürbaren Ausbau der Fraktion im Grossen Rat erreichen. Auch die kantonale Wahlleitung hat sich zu regelmässigen Sitzungen getroffen und die wichtigen Koordinationsarbeiten für einen schlagkräftigen Wahlkampf erledigt.

Natürlich hat sich die Partei nicht nur mit diesen Vorbereitungsarbeiten, sondern auch mit dem politischen Alltag beschäftigt. So engagierte sich die SVP Kanton Bern nicht nur in den kantonalen Abstimmungen, sondern wie immer auch bei den Kampagnen der eidgenössischen Abstimmungen. Wir konnten uns über die Ablehnung der unsinnigen grünen Initiative zu einer angeblichen Umweltverantwortung freuen und vor allem über die Abschaffung des Eigenmietwerts. Es war ein historischer Sieg zur Korrektur einer Steueranomalie, nämlich der Besteuerung eines fiktiven Einkommens. Ernüchternder war die knappe Annahme der E-ID, entgegen der Parole der SVP. Wiederum hocheifrig war die überdeutliche Ablehnung einer link-grünen Initiative für die Besteuerung der grossen Erbschaften zugunsten einer grotesken Klimapolitik.

Mit einem klaren politischen Kurs ist die SVP Kanton Bern auf gutem Weg. Auch wenn wir nicht alle Abstimmungen in den Parlamenten oder vor dem Volk gewinnen, werden wir als Partei mit klarer Linie auch bei jungen Leuten zunehmend positiv wahrgenommen. In einer instabilen Welt finden viele Bürgerinnen und Bürger in der SVP eine solide Basis für eine leistungsfähige Gesellschaft, die jedem ermöglicht, seine Lebensziele in Freiheit und Sicherheit zu erreichen.

Zum Schluss will ich noch dem Sekretariat, der Geschäftsleitung und allen anderen Organen der Partei für die eindrückliche Arbeit während diesem Jahr herzlich danken.

Manfred Bühler, Nationalrat und Parteipräsident, Cortébert

II. Das Jahr 2025 in der Rückblende

Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen

9. Februar

Eidgenössisch

Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	639'005	1'473'529	30.2	69.8
Kanton Bern	90'495	192'362	32.0	68.0
Stimmbeteiligung: 38.05% (CH), 38.17% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volksentscheid: NEIN	

Kantonal

«Berner Solar-Initiative»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Volksinitiative	80'534	199'478	28.8	71.2
Gegenvorschlag	185'337	92'406	66.7	33.3
Stichfrage				
Volksinitiative: 72'552 / 26.8%				
Gegenvorschlag des Grossen Rates: 197'890 / 73.2%				
Stimmbeteiligung: 38.1%				
Parole SVP Kanton Bern:			Volksentscheid:	
Volksinitiative: NEIN			Volksinitiative: NEIN	
Gegenvorschlag: JA			Gegenvorschlag: JA	
Stichfrage: Gegenvorschlag			Stichfrage: Gegenvorschlag	

28. September 2025

Eidgenössisch

Bundesbeschluss über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'579'303	1'156'560	57.73	42.27
Kanton Bern	194'492	157'442	55.26	44.74
Stimmbeteiligung: 49.50% (CH), 47.79% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: JA			Volksentscheid: JA	

Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz, BGEID)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'384'549	1'363'283	50.39	49.61
Kanton Bern	171'771	182'387	48.50	51.50
Stimmbeteiligung: 49.55% (CH), 47.80% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volksentscheid: JA	

Kantonal

Volksinitiative «Für faire und bezahlbare Mieten dank transparenter Vormiete (Miet-Initiative)»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Kanton Bern	176'972	168'723	51.2	48.8
Stimmbeteiligung: 46.6%				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volksentscheid: JA	

30. November 2025

Eidgenössisch

Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	379'592	2'014'638	15.85	84.15
Kanton Bern	50'022	259'266	16.17	83.83
Stimmbeteiligung: 42.94% (CH), 41.53% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volksentscheid: NEIN	

Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	520'115	1'874'063	21.72	78.28
Kanton Bern	73'493	236'046	23.74	76.26
Stimmbeteiligung: 42.95% (CH), 41.53% (BE)				
Parole SVP Kanton Bern: NEIN			Volksentscheid: NEIN	

Aus der Grossratsfraktion



2025 gab es einige personelle Wechsel in der Fraktion. Die Rücktritte erfolgten hauptsächlich aufgrund von beruflichen Veränderungen oder der nahenden Amtszeitbeschränkung. Bei zwei Fraktionsmitgliedern war dies aber nicht der Fall, weshalb sie bereits an dieser Stelle erwähnt werden: Peter Zumbrunn trat nach seiner erfreulichen Wahl zum Regierungstatthalter zurück. Unfreiwillig hingegen war die Demission von Marc Tobler, der leider nach dem Kantonswechsel seines Wohnorts Moutier nicht mehr im bernischen Parlament amten konnte – ein schwieriges Los, insbesondere für einen seit Jahrzehnten stark engagierten Antiseparatisten!

Die bürgerliche Zusammenarbeit funktionierte grösstenteils gut, die knappen Mehrheiten sind indes nach wie vor eine Herausforderung. Es gilt deshalb, bei den bevorstehenden Wahlen alles daran zu setzen, dass die bürgerlichen Vertretungen sowohl im Regierungsrat wie auch im Grossen Rat ausgebaut werden können zugunsten eines prosperierenden Kantons Bern.

Frühlingsession

Personelles

Zum neuen Oberrichter gewählt wurde Roland Sarbach.

Sachgeschäfte

Das wichtigste Geschäft der Session war die Beratung der Volksinitiative «Für faire und bezahlbare Mieten dank transparenter Vormiete (Miet-Initiative)». Im Sinne der SVP beschloss der Grosse Rat deutlich, die Initiative abzulehnen. Leider wurde die Initiative dann im Herbst vom Volk angenommen, obwohl die Formularpflicht nur bürokratischen Mehraufwand ohne konkreten Nutzen bringt.

Ebenfalls länger diskutiert wurde bei der Beratung des Gesetzes über die Enteignung (1. Lesung), welches aufgrund einer Motion aus der SVP angepasst wurde. Neu erhalten Landwirte bei einer Enteignung von Kulturland das Dreifache des ermittelten Höchstpreises, die Höhe der Entschädigung wurde somit dem Bundesrecht angepasst.

Wichtige Pflöcke konnten bei der Debatte zur Aufgabenanalyse des Amts für Gemeinden und Raumordnung (AGR) im Bereich Orts- und Regionalplanung sowie Bauen ausserhalb der Bauzonen eingeschlagen werden: Gegen den Willen der zuständigen Regierungsrätin muss der Kanton Bern seine Praxis zu Wegbreiten und Wegbefestigungen bei landwirtschaftlichen Erschliessungswegen nun an die Praxis derjenigen Kantone anpassen, die den Handlungsspielraum im RPG bereits heute bestmöglich ausnutzen. Auch die Entscheide betreffend Nutzerstrategie INFORAMA entsprachen dem Willen der SVP.

Daneben gab es auch Entscheide, die nicht im Sinne der SVP ausfielen. Zu erwähnen ist der Bericht zum Stellvertretungssystem für Grossratsmitglieder: Auch aufgrund von Ja-Stimmen von Bürgerlichen muss die Stellvertretungslösung während des Mutterschafts- oder Vaterschaftsurlaubs weiterverfolgt werden. Vergeblich wurde darauf hingewiesen, dass dieser Punkt bereits erfüllt ist, weil aufgrund von Anpassungen auf Bundesebene Frauen den Anspruch auf Mutterschaft nicht mehr verlieren, wenn sie an Parlamentssitzungen teilnehmen. Immerhin konnte

eine Ausdehnung der Stellvertretungsmöglichkeit im Falle krankheits- und unfallbedingter Abwesenheiten verhindert werden.

Bei der Vorstossberatung war die SVP ebenfalls oft erfolgreich. Aufgrund eines Postulats aus den Reihen der SVP muss etwa geprüft werden, wie der Eigenmietwert in besonderen Härtefällen steuerlich reduziert werden könnte. Damit sollen vor allem ältere Hauseigentümer geschützt werden, die unter Umständen ihre Immobilie verkaufen müssen, da sie die hohen Steuern nicht mehr bezahlen können. Ein weiterer angenommener Vorstoss aus den Reihen der SVP verlangte auch unkonventionelle Massnahmen, damit die Reithallen-Betreiber und die Stadt Bern endlich wirksam gegen Kriminalität und Gewaltakte im Umfeld der Reithalle vorgehen. Wichtig war die Ablehnung zweier linker Vorstösse. Der eine verlangte Massnahmen zur Ermöglichung einer selektionsfreien Volksschule. Der zweite, noch heiklere forderte, dass Ausländer ein Einbürgerungsgesuch stellen können, wenn sie bei Einreichen des Gesuches seit mindestens zwei Jahren ohne Unterbruch im Kanton Bern wohnhaft sind, auch wenn sie innerhalb dieser Frist von einer bernischen Gemeinde in eine andere ziehen. Gemäss heutiger und auch zukünftiger Regelung müssen Ausländer zwei Jahre in derselben Gemeinde wohnen, bevor sie sich einbürgern lassen können. Die Gegner erkannten, dass die Integration vor Ort und nicht im Kanton passiert, also dort, wo man arbeitet und einkauft und wo die Kinder zur Schule gehen.

Sommersession

Personelles

Roland Ryser wurde als Nachfolger von Markus Aebi vereidigt.

Als Präsident des Regierungsrats gewählt wurde Christoph Neuhaus, als erster Grossratsvizepräsident Raphael Lanz.

Als SAK-Mitglied gewählt wurde Toni Brunner, als BaK-Mitglied Ruedi Fischer, als JuKo-Mitglied Roland Ryser und als Ersatzmitglied BaK Ueli Gfeller.

Zum Regionalrichter gewählt wurde Sebastian Schneider.

Sachgeschäfte

Medial vielbeachtet war die Beratung der Volksinitiative «Für einen Kanton Bern mit regulierbarem Grossraubtierbestand!» und bzw. des Gegenvorschlags. Im Sinne der SVP wurde auf das Geschäft eingetreten und ein tauglicher Gegenvorschlag ausgearbeitet. Mit der Verankerung auf Gesetzes- anstatt auf Verfassungsstufe sollte ein teurer Urnengang vermieden werden, denn die Initianten stellten in Aussicht, bei Annahme des Gegenvorschlags durch den Grossen Rat die Initiative zurückzuziehen.

Auch die Entscheide betreffend Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung, zur Strafprozessordnung und zur Jugendstrafprozessordnung (EG ZSJ) entsprachen dem Willen der SVP. Als wichtigste Neuerung soll nicht mehr ein Dreiergremium, sondern ein Einzelrichter über Beschwerden gegen eine fürsorgerische Unterbringung befinden. Damit soll die Effizienz gesteigert und die Justiz entlastet werden. Das Gesetz wurde in erster Lesung gegen den Widerstand der Ratslinken deutlich angenommen.

Das Gesetz über die Enteignung wurde auch in zweiter Lesung im Sinne der SVP angenommen. Ebenfalls im Sinne der SVP fiel die Beratung des Geschäfts-

berichts aus: Dank einer Planungserklärung sind im Geschäftsbericht bzw. im Budget neu der aktuelle Stand und die weitere Planung der Einhaltung der Neuverschuldung zur Finanzierung des Investitionsmehrbedarfs darzulegen. Pflöcke konnten auch bei den Beratungen der Benchmark- und der Spielraumanalyse eingeschlagen werden: Insbesondere wurden Planungserklärungen der Ratslinken abgelehnt, welche beantragten, dass der Regierungsrat den Fokus nicht mehr auf die Überschreitung von Durchschnittswerten legen sowie vertieft abklären sollte, wieso der Kanton in gewissen Bereichen weniger ausgibt als andere Kantone.

Gegen den Willen der Ratslinken wurde weiter die SVP-Fraktionsmotion «Bekämpfung der Kriminalität von minderjährigen Straftätern verstärken» angenommen. Der Regierungsrat muss somit im Bereich minderjähriger ausländischer Personen mit gezielten Massnahmen für mehr Sicherheit sorgen. Namentlich muss er die Zusammenarbeit der kantonalen und eidgenössischen Behörden verbessern, den Datenaustausch der Behörden verstärken und Massnahmen für mehr Kontrollen bei den Asylzentren prüfen. Ein erwähnenswerter Misserfolg der SVP war schliesslich die Annahme eines Vorstosses der Grünen. Dieser verlangt die Prüfung von Massnahmen, um die Verkehrsbelastung der Gemeinden entlang der Autobahnen im Gebiet Wankdorf-Schönbühl und Schönbühl-Kirchberg zu vermindern. Als Massnahmen erwähnt wurden nebst dem Verkehrsmanagement insbesondere zusätzliche Infrastrukturen für den Veloverkehr und den öffentlichen Verkehr sowie tiefere Tempolimiten, nicht aber ein punktueller Ausbau der Autobahnkapazitäten. Die SVP erinnerte daran, dass der Motionär zu den entschiedensten Gegnern der wirklich sinnvollen Lösung der Verkehrsprobleme, namentlich dem Ausbau der Autobahnen, gehört hatte.

Herbstsession

Personelles

Jann Fritz Bangerter wurde als Nachfolger von Korab Rashiti vereidigt.

Anne Speiser wurde als erste Grossratsvizepräsidentin und Nachfolgerin von Raphael Lanz gewählt. Raphael Lanz verzichtete aufgrund seiner Regierungsratskandidatur auf das Vizepräsidium, weshalb ein Ersatz zu bestimmen war.

Als FiKo-Mitglied gewählt wurde Reto Zbinden, als BaK-Mitglied Samuel Leuenberger, als GPK-Mitglied Jann Fritz Bangerter, als SAK-Mitglied Mathias Müller und als SiK-Mitglied Adrian Spahr.

Sachgeschäfte

Das wohl kontroverseste Geschäft der Herbstsession war die erste Lesung des Sozialhilfegesetzes. Die meisten Entscheide entsprachen dem Willen der SVP. So wurde etwa eine Pflicht zum Spracherwerb verankert, die Sozialhilfebeziehenden müssen also eine Amtssprache des Kantons erlernen. Auch muss die wirtschaftliche Hilfe bei Pflichtverletzungen oder selbstverschuldeter Bedürftigkeit gekürzt werden. Die Ratslinke inkl. EVP wollte nur eine Kann-Formulierung festschreiben und zudem festlegen, dass Kürzungen nie Kinder betreffen und höchstens 20 Prozent des Grundbedarfs gemäss SKOS-Richtlinien betragen dürfen. Auch müssen Erben neu Sozialhilfegelder rückerstatten, wenn der Nachlass nicht überschuldet ist. Die von den Linken geforderte Verkürzung der Verjährungs-

respektive Vollstreckungsfrist der Rückerstattungspflicht konnte verhindert werden. Weiter brauchen Sozialinspektionen keine vorgängige Zustimmung der Sozialbehörden, und Beweismittel aus Überwachungen und unangemeldeten Besuchen am Wohn- und Arbeitsort sind zulässig. Zu reden gab die neu zu schaffende Fachstelle Sozialrevisorat. Sozialbehörden und Gemeinden können neu sanktioniert werden, wenn sie Massnahmen nicht umsetzen, die im Rahmen einer Überprüfung durch die GSI festgelegt worden sind. Weiter wurde eine gesetzliche Grundlage geschaffen für die Bezahlkarten in der Asylsozialhilfe, welche auf einen SVP-Vorstoss zurückgehen. Die Ratslinke wehrte sich auch hier vehement. In wenigen Bereichen unterlagen die Bürgerlichen, sie unterstützten das Gesetz in der Gesamtabstimmung aber schliesslich einstimmig, während SP und Grüne es ablehnten.

Ebenfalls vieldiskutiert war der Bericht zur Motion «Machtmissbrauch durch Medien-Konzern». Nicht weniger als 48 Ratsmitglieder aus den Reihen der SP, der Grünen und der glp lehnten die Kenntnisnahme ab oder enthielten sich. Der Tamedia-Konzern war auch nach der Debatte und dem Bericht nicht bereit, seine Fehler in der Berichterstattung zur Verhaftung eines Marokkaners bei der Heiliggeistkirche einzugestehen, die erforderlichen Berichtigungen zu publizieren oder sich bei den betroffenen Polizisten zu entschuldigen. Stattdessen verwies er wie auch die Ratslinke auf die freie Medienberichterstattung und sah gar eine Gefährdung der Gewaltenteilung. Diese freie Medienberichterstattung wurde von den Bürgerlichen indes nie in Frage gestellt, aber mit Nachdruck darauf verwiesen, dass die Medienberichterstattung fair, unvoreingenommen und ohne persönlichkeitschädigende Vorverurteilungen erfolgen muss. Die Medien haben diesbezüglich ihre grosse Verantwortung nicht wahrgenommen.

Wichtige Entscheide zum Steuergesetz fielen im Sinne der SVP aus, so etwa zur Glättung der Steuerprogression bei tieferen und mittleren Einkommen. Der Antrag der Ratslinken, dass diese Steuersenkung nur infrage kommt, wenn sie ohne Einbussen für den Fiskus umgesetzt wird, etwa mittels Ausweitung der Erbschaftsteuer, wurde abgelehnt. Ebenfalls klar abgelehnt werden konnten die Abschaffung der Pauschalbesteuerung und der Vermögenssteuerbremse, diese klaren Standortvorteile des Kantons Bern wurden also beibehalten. Das Gesetz wurde schliesslich klar angenommen.

Die zweiten Lesungen zur Initiative «Für einen Kanton Bern mit regulierbarem Grossraubtierbestand!» sowie zum Einführungsgesetz zur Zivilprozessordnung, zur Strafprozessordnung und zur Jugendstrafprozessordnung (EG ZSJ) entsprachen dem Willen der Bürgerlichen. Der Gegenvorschlag spricht nicht mehr von Grossraubtieren, sondern spezifisch von Bären und Wölfen, womit Luchs und Goldschakal nicht mehr betroffen sind. Weiter greift die Sunset-Klausel erst 2038 und nicht bereits 2034, sodass mehr Zeit bleibt, um die Wirksamkeit der neuen Regelungen zu beurteilen und zu entscheiden, ob sie weitergeführt werden sollen. Beim EG ZSJ konnte die Neuerung, dass nicht mehr ein Dreiergremium, sondern ein Einzelrichter über Beschwerden gegen eine fürsorgerische Unterbringung befindet, definitiv verankert werden.

Auch bei der Vorstossberatung fielen viele Entscheide im Sinne der SVP aus. Erwähnenswert ist etwa die Motion aus den Reihen der SVP «Vermittlung von einheimischen Traditionen, Werten und kulturellem Erbe in der bernischen

Volksschule stärken». Diese verlangt Massnahmen, damit Bräuche, Werte, Traditionen und das kulturelle Erbe des Kantons Bern sowie der Schweiz vermehrt und systematisch im Unterricht auf allen Schulstufen vermittelt und gepflegt werden. Zudem sollte im Rahmen der laufenden Überarbeitung des Leitfadens «Religiöse Symbole» sichergestellt werden, dass darin auch einheimische Bräuche, kulturelle Rituale, traditionelle Feste und gelebte Werte des Kantons Bern und der Schweiz angemessen berücksichtigt und als Bestandteil kultureller Identität sichtbar gemacht werden. Der Vorstoss wurde gegen den Willen der SP und der Grünen angenommen und zudem, anders als vom Regierungsrat beantragt, nicht abgeschrieben. Abgelehnt werden konnten einige heikle Forderungen der Linken: Ein Vorstoss verlangte ein Pilotprojekt zur Wirkung von kostenlosem ÖV für Kinder und Jugendliche. Ein weiterer forderte, dass Familien, die während des Asylverfahrens in einer Wohnung leben, nach einem Negativentscheid nicht in ein Rückkehrzentrum umziehen müssen. Die Gegner der Forderungen wiesen darauf hin, dass es sich um Personen handelt, die das Land verlassen müssen und deshalb gemäss geltendem Gesetz ausnahmslos in einem Rückkehrzentrum wohnen müssen

Nicht überraschend schliesslich fielen die Entscheide zum Kreditgeschäft «Zukunft Kunstmuseum Bern» – Sanierung und Ersatzneubau nicht durchwegs im Sinne der SVP-Mehrheit aus. Zwar konnten mit überwiesenen Anträgen gewisse Verbesserungen erreicht werden: Das Kostendach an sich wurde überwiesen und aufgrund eines SVP-Antrags wurde festgehalten, dass nicht nur die Teuerung, sondern auch eine allfällige Erhöhung der MwSt. im Kostendach enthalten sind. Ein weiterer SVP-Antrag wurde indes abgelehnt, er wollte den Regierungsrat verpflichten, die Arbeiten zu sistieren, wenn sich vor Baubeginn abzeichne, dass das Kostendach von 81 Millionen Franken nicht eingehalten werden könne. Gegen den Willen der SVP ebenfalls abgelehnt wurde ein überparteilicher Antrag zur Senkung des Kostendachs auf 67 Millionen Franken, also auf die Höhe der Kosten für die abgelehnte Sanierungsvariante. Die grosse Mehrheit der SVP lehnte den Kredit schliesslich ab und ein überparteiliches Komitee ergriff das Referendum gegen den Kreditbeschluss.

Wintersession

Personelles

Stephanie Gartenmann wurde als Nachfolgerin von Peter Zumbrunn vereidigt, Markus Gerber als Nachfolger von Marc Tobler und Fabian Zulliger als Nachfolger von Ueli Augstburger.

Als FiKo-Mitglied gewählt wurde Fabian Zulliger und als BiK-Mitglied Stephanie Gartenmann.

Sachgeschäfte

Wie in jeder Wintersession wurde über das Budget befunden. Dank des mehrheitlich äusserst geschlossenen Abstimmungsverhaltens der Bürgerlichen entsprachen – bei einer Ausnahme – alle Beschlüsse dem Willen der SVP. Die Ausnahme betraf den abgelehnten Antrag der FiKo-Mehrheit, das Budget im Bereich Volksschule und schulergänzende Betreuung um 30 Mio. zu kürzen. Die Mehrheit der Mitte sowie insgesamt 5 Stimmen aus FDP und EDU lehnten dies zusammen

mit den linken Fraktionen ab. Immerhin wurden weitere Anträge wie die Erhöhung des Saldos für die Hochschulen um 30 Mio. oder des Saldos für die Volksschule um 28 Mio. zwecks Reduzierung der Anzahl Schüler pro Klasse abgelehnt. Es konnten wichtige Pflöcke eingeschlagen werden. Im Bereich externe Berater, Gutachter und Informatikdienstleistungen Dritte etwa konnten Einsparungen erreicht werden. Weiter muss auf die Schaffung eines Teils der beabsichtigten neuen Stellen verzichtet werden. Damit soll verhindert werden, dass die Kantonsverwaltung stärker wächst als die Bevölkerung. Wichtig war auch die Ablehnung des von linker Seite geforderten Verzichts auf die Steueranlagesenkungen. Ebenfalls abgelehnt wurden Anträge für einen Verzicht auf planerische Kürzungen beispielsweise im Bereich Natur- und Klimabereich sowie für zusätzliche Mittel für Betreuungsgutscheine. Budgetiert wird ein Ertragsüberschuss von 385 Mio., was den Weg öffnet für weitere, dringend notwendige Steuersenkungen.

Auch ein zweites finanziell relevantes Geschäft wurde im Sinne der SVP entschieden: Mit der Änderung des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) erhalten neu auch Burgdorf und Langenthal Zentrumslasten abgegolten und nicht mehr bloss die Städte Bern, Biel und Thun. Da deshalb die Stadt Bern weniger Geld erhält, wurde mittels Nichteintretensantrag versucht, diese Anpassung zu verhindern. Der Antrag wurde gegen den Widerstand der SP, der Grünen und der glp abgelehnt. Aufgrund der Gesetzesänderung muss die Stadt Bern auf 7.6 Mio. Franken verzichten, erhält aber aus dem Finanz- und Lastenausgleich immer noch rund 65.2 Mio. Die Ratslinke monierte, dass durch die Kürzung der Zusammenhalt im Kanton gefährdet würde. Die Bürgerlichen wiesen jedoch darauf hin, dass beim Zentrumslastenabgleich durchaus Korrekturbedarf besteht und dass die Stadt Bern weiterhin profitiert.

Auch medial vielbeachtet war der Bericht zur Konzessionsstrategie Wasserkraft. Er wurde zurückgewiesen und der Regierungsrat damit beauftragt, zuerst sicherzustellen, dass die bernischen Energieversorger mit der Verschiebung der Beteiligungsverhältnisse insgesamt gestärkt werden auf Kosten der bisherigen Anteile der Basler IWB und des Stadtzürcher EWZ. So soll sichergestellt werden, dass einerseits die BKW nicht zu viel Macht erhält und dass sich andererseits weitere Berner Energieversorger nebst BKW und EWB an der KWO beteiligen können. Die Beratung zum Gesetz über Taxis und Limousinendienste fiel ebenfalls im Sinne der SVP aus. Grosse Teile des Gesetzes wurden zurückgewiesen, um zu verankern, dass es zur Ausführung von Limousinendiensten wie Uber eine Bewilligung mit u.a. folgenden Voraussetzungen braucht: Handlungsfähigkeit, ausländerrechtliche Berechtigung zur Ausübung der Tätigkeit, Gewähr für rechtskonforme Ausübung der Tätigkeit durch Vorleben und bisheriges Verhalten (Straf- und Administrativrecht), genügende Kenntnis der Amtssprache. Die Hürden für Uber sollen weniger hoch sein als für Taxis. Letztere sollen dafür bestimmte Privilegien behalten, etwa das Befahren der Busspur. Mit der Bewilligungspflicht soll eine möglichst liberale Regulierung gefunden werden, die die Sicherheit der Fahrgäste, den Arbeitnehmerschutz und gewisse öffentliche Interessen dennoch gewährleistet.

Auch die Entscheide zu den Vorstössen entsprachen mehrheitlich dem Willen der SVP. So wurde etwa eine Motion aus den Reihen der SVP überwiesen, welche eine Gesamtstrategie zu den Listenspitälern verlangt. Wichtig war auch die

Ablehnung diverser linker Vorstösse. Eine Motion beispielsweise verlangte Klassengrössen von maximal 15 Schülerinnen und Schülern und ein Co-Teaching in allen Klassen auf allen Stufen, was Milliarden gekostet und insgesamt 1763 neue Klassen erfordert hätte. Abgelehnt werden konnte auch die Schaffung eines aus SNB-Geldern geäufteten «Nachhaltigkeitsfonds». Dank der Geschlossenheit der Bürgerlichen konnte auch eine Motion verworfen werden, welche verlangte, Nothilfe beziehende Familien mit Kindern während höchstens sechs Monaten in Rückkehrzentren unterzubringen und anschliessend einen Umzug in eine Privatunterbringung bzw. eine Wohnung zu ermöglichen. Der Regierungsrat wies darauf hin, dass es sich um Personen handelt, deren Asylgesuch rechtskräftig abgewiesen wurde. Auch hat der Grosse Rat letztmals in der Herbstsession 2022 eine Motion abgewiesen, die die generelle Unterbringung von Familien mit minderjährigen Kindern in Wohnungen forderte. Erwähnenswert ist schliesslich ein Spezialfall, das Postulat «Wie resilient ist die Demokratie im Kanton Bern?». Es forderte einen Bericht über den Zustand und die Resilienz der Demokratie im Kanton Bern. Das Postulat wurde eingereicht mit der Begründung, dass die Demokratien unter Druck geraten würden, da rechts-extremistische und rechts-populistische Bewegungen sie aushöhlen würden. In der Debatte gelang es, das von den grünen Vorstössern erhoffte Bashing der rechten Ratshälfte zu verhindern. Stattdessen wurde anhand beispielsweise der massiven Ausschreitungen der eskalierten Pro-Palästina-Kundgebung vom 11. Oktober aufgezeigt, dass die Demokratie zurzeit massiv durch linke und linksextreme Kreise gefährdet wird, was aber in der Forschung und teilweise auch in den Medien und der Öffentlichkeit vernachlässigt wird. Die SVP unterstützte den Vorstoss schliesslich aus zwei Gründen: 1. aus taktischen Gründen, um die Strategie des Vorstössers ins Leere laufen zu lassen, und 2. inhaltlich in der Hoffnung, dass der geforderte Bericht objektiv aufzeigt, wie widerstandsfähig die Demokratie im Kanton Bern ist und durch welche Kräfte sie gefährdet wird, egal auf welcher Seite des politischen Spektrums sie sich befinden.

Barbara Josi, Fraktionspräsidentin, Grossrätin, Wimmis
Reto Niederhauser, stv. Geschäftsführer und Fraktionssekretär

Ein kurzer Blick auf die Vernehmlassungsantworten

Auf den folgenden Seiten finden Sie kurze Zusammenfassungen der Vernehmlassungsantworten der SVP Kanton Bern von 2025. Die ausführlichen Stellungnahmen im Wortlaut finden Sie online unter www.svp-bern.ch.

Verordnung über die Leistungsangebote der Familien-, Kinder- und Jugendförderung (FKJV) (24.01.2025; GSI)

Die SVP erachtet es als sinnvoll, wenn Familien mit Kindern mit Behinderungen dieselbe Wahlfreiheit bei der familienergänzenden Betreuung haben wie Familien mit Kindern ohne Behinderungen. Der neue Zuschlag verbunden mit dem erhöhten Betreuungsfaktor ist deshalb adäquat. Betont wird aber, dass es in Sachen familienergänzende Kinderbetreuung bei einem Einkommen über 160'000

Franken keine weiteren Anreize in Form von Betreuungsgutscheinen braucht, damit die Eltern erwerbstätig bleiben.

Gesetz über Taxis und Limousinendienste (TLG) (21.03.2025; SID)

Die SVP begrüsst die Liberalisierung des neuen TLG, das bürokratische Hürden reduziert, den Marktzugang erleichtert und liberale Rahmenbedingungen schafft, die sowohl traditionellen Taxiunternehmen als auch neuen Anbietern wie Uber zugutekommen. Die Abschaffung der Bewilligungs- und die Einführung einer Meldepflicht fördert den Wettbewerb, ohne dabei Sicherheitsstandards zu vernachlässigen. Begrüssst werden auch die vorgesehene sprachliche Minimalanforderung und der Erhalt der Marktprivilegien für lizenzierte Taxis. Die SVP schlägt keine Anpassungen von Artikeln vor.

Gegenvorschlag zur kantonalen Volksinitiative: «Für einen Kanton Bern mit regulierbarem Grossraubtierbestand!»; Änderung des Gesetzes über Jagd und Wildtierschutz (JWG) (11.03.2025; GR)

Die SVP begrüsst, dass mit dem Gegenvorschlag die Regulierung des Wolfsbestands auf Gesetzes- und nicht auf Verfassungsebene verankert wird. Unterstützt wird, dass der Schutz der Nutztiere nicht noch weiter ausgebaut werden darf und dass weitergehende Schutzmassnahmen im Bereich des Herdenschutzes nur definiert werden dürfen, wenn das Kosten-Nutzen-Verhältnis positiv ist. Skeptischer äussert sich die SVP betreffend Sterilisation anstelle eines Abschusses, da dies bei Grossraubtieren kaum erprobt ist. Einverstanden ist die SVP schliesslich mit der vorgeschlagenen Sunsetklausel.

Verordnung über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfeverordnung, SHV) (Änderung) (08.04.2025; GSI)

Die SVP ist mit der Verpflichtung der Sozialdienste zur Nutzung eines festgelegten Fallführungssystems einverstanden. Als nicht sachgerecht erachtet wird jedoch die Lastenverschiebung auf die Gemeinden im beabsichtigten Umfang, hier wird eine Reduktion der Lastenverschiebung gefordert.

Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) (Änderung) (15.05.2025; FIN)

Die SVP unterstützt, dass neu auch den Städten Burgdorf und Langenthal Zentrumslasten abgegolten werden sollen. Die Revision wird auch deshalb begrüsst, weil die allermeisten Gemeinden geringfügig bessergestellt werden und weil die Zentrumslasten künftig mit dem genauen Frankenbetrag im Gesetz verankert werden. Wichtig ist zudem, dass der Finanzausgleich künftig endlich die hohe Steuerkraft der Stadt Bern in die Abgeltung miteinbezieht. Die SVP weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Pauschalabgeltung für die Stadt Bern auch künftig merklich höher ist als die Einzahlung der Stadt in den Disparitätenabbau. Da die SVP die Teilrevision vollständig unterstützt, diese einen austarieren Kompromiss darstellt und die Vorlage weitgehend technischer Natur ist, schlägt sie eine Inkraftsetzung bereits per 01.01.26 vor. Sie fordert aber, dass eine weitere Teilrevision folgt, welche die Zentrumslasten vermehrt funktional betrachtet und somit grundsätzlich neu regelt.

Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung (Organisationsgesetz, OrG) (Änderung) (15.08.2025; STA)

Die SVP begrüsst zwar, dass die Regelungen zu den Fachkommissionen präzisiert werden, weist aber darauf hin, dass die Vorlage nicht zu mehr Effizienz führt, sondern zu einer festen Etablierung der Kommissionen. Befürchtet wird, dass dadurch die demokratische Legitimation und Kontrolle leidet und dass Gemeinden und der ländliche Raum noch stärker vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Verlangt werden deshalb Änderungen von Gesetzesartikeln, damit die Interessen der Regionen gewahrt werden und damit die Fachkommissionen nicht als auf Dauer angelegte Gremien bezeichnet werden. Damit die Bürokratie nicht ausufernd wird, wird eine Obergrenze der Anzahl Mitglieder gefordert.

Spitalversorgungsgesetz (SpVG) (Änderung) (19.09.2025; GSI)

Die SVP begrüsst die gesetzliche Verankerung der Liquiditätskredite zugunsten von in Schieflage geratenen Listenspitälern. Ebenfalls wird die Schaffung einer Grundlage für eine digitale Gesundheitsplattform unterstützt, wobei die SVP fordert, dass dabei Aspekte wie Kostentragbarkeit, technologische Unabhängigkeit, Datenschutz und Einbindung weiterer Leistungserbringer berücksichtigt werden. Bei einigen Artikeln werden Änderungen vorgeschlagen, um u.a. die unternehmerische Autonomie der Spitäler zu wahren, die Versorgungsrelevanz von Listenspitälern genauer zu definieren und sicherzustellen, dass keine Daten mit unbestimmtem Zweck eingefordert werden.

Teilrevision der Verordnung über Leistungen für Menschen mit Behinderungen (BLV); Änderung der Verordnung über die sozialen Leistungsangebote (SLV) (17.12.2025; GSI)

Die SVP beantragt keine Anpassungen und begrüsst die Änderungen, denn diese bezwecken, den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderten im Vollzug noch besser gerecht zu werden.

Die SVP im Netz

Im Hinblick auf die Wahlen 2026 wurde die Bewirtschaftung der Plattformen Facebook und Instagram intensiviert. Das schon öfter totgesagte Facebook verzeichnet immer noch Zuwachs und deckt einen wichtigen Teil der SVP-Wählerinnen und -Wähler ab. Zu berücksichtigen ist aber auch der wachsende Anteil derjenigen, die sich nur auf Instagram bewegen. Die Anzahl Follower von www.instagram.com/svpbernstark/ konnte durch die ausgebauten Aktivitäten von 1450 (2024) auf aktuell 2031 gesteigert werden. Noch markanter ist die Anzahl Views, die auf Zigtausend gesteigert werden konnte. Damit kann die SVP mit der SP Kanton Bern mithalten, deren Community stark auf Instagram fokussiert und dort mehr Follower, aber dennoch weniger Views hat. Die SP ist mit 2283 Instagram-Followern unter den kantonalbernerischen Parteien Spitzenreiterin (Grüne: 1976 Follower, glp: 1089, FDP: 952, Die Mitte: 401).

Auf www.facebook.com/SVPUDCBE/ ist und bleibt die SVP Kanton Bern die Nummer 1 mit 4622 Followern, was einem Plus von 445 Followern entspricht. Der grosse Zuwachs bestätigt, dass es richtig ist, sowohl Instagram wie auch Facebook zu bespielen. Die SP Kanton Bern konnte ihren zweiten Rang mit 2481 Facebook-Followern (+59) behaupten, gefolgt von den Grünen (1435, -39), der FDP (1212, +10) und der glp (803, -3). Die Mitte Kanton Bern weist 663 Follower auf und konnte sich damit um 27 Follower verbessern.

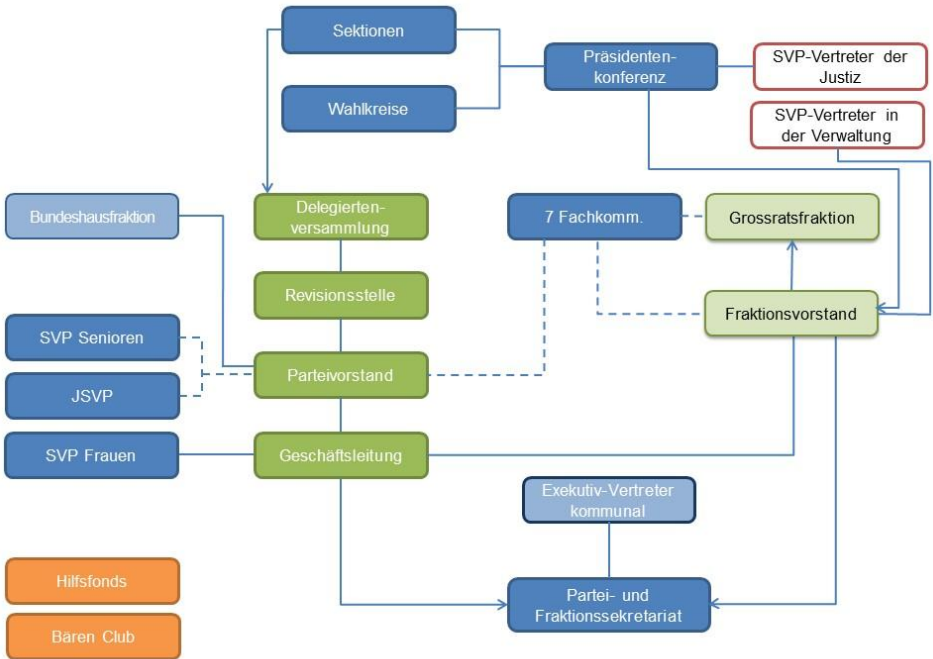
Auch auf www.linkedin.com/company/svpbe/ hat die SVP Kanton Bern ihre Präsenz verstärkt. Immer mehr Videos werden zudem via Politiker-Accounts auch auf Tiktok hochgeladen und erfreuen sich dort wachsender Beliebtheit. Als SVP Kanton Bern platziert die Partei Videos nebst Instagram, Facebook nur auf <https://www.youtube.com/@SVPUDCBE>. Die SVP Kanton Bern publiziert zudem wie bis anhin die Parteiparolen und Medienmitteilungen auf X. News werden ergänzend zum Newsletter, der via Homepage abonniert werden kann, mittels Whatsapp-Channel verbreitet. Die Homepage läuft weiterhin mit der Wordpress-basierten Online-Lösung der SVP Schweiz. Nach wie vor und trotz der immer stärkeren Digitalisierung ist die SVP Kanton Bern zudem mit einem Druckerzeugnis präsent. Das vierteljährlich erscheinende Publikationsorgan #bernstark-Journal widmet sich Themen mit längerem Zeithorizont und informiert jeweils ausführlich über die bevorstehenden Abstimmungsvorlagen. Es ist auch online auf der Homepage abrufbar.

Reto Niederhauser, stv. Geschäftsführer und Fraktionssekretär



III. Tätigkeitsberichte

Parteiorgane



Geschäftsleitung

Der Geschäftsleitung obliegen gemäss Statuten die Aufgaben unter der Überschrift IV, Punkt 5, Art. 30. Die Geschäftsleitung tagte 2025 siebenmal ordentlich und diskutierte an zwei weiteren, ausserordentlichen Sitzungen insbesondere die Strategie für die Regierungswahlen. Neben den ordentlichen Aufgaben seien insbesondere folgende weitere Themen genannt, mit denen sich die Geschäftsleitung beschäftigte: Wahlkonzept kantonale Wahlen 2026, Vorbereitungsarbeiten Abstimmungskampf EU-Rahmenverträge, Unterstützung Referendum zur Vorlage «Zukunft Kunstmuseum Bern», Nachfolge von Anne Speiser als Vizepräsidentin (und Plakatchef), erste Vorbereitungsarbeiten eidg. Wahlen 2027, Anpassung Musterstatuten Sektionen.

Parteivorstand

Dem Parteivorstand fallen die Aufgaben gemäss Statuten, Überschrift IV, Punkt 4, Art. 28, zu. 2025 tagte der Parteivorstand an vier ordentlichen Sitzungen. Nebst den Standardtraktanden Protokoll und Mitteilungen/Aktuelles sowie den anschliessend der Delegiertenversammlung vorgelegten Geschäften wurden insb. folgende Geschäfte behandelt: Wahlkonzept und Einsetzung Wahlkomitee kantonale Wahlen 2026, Ehrenkodex Grossratswahlen, , Anpassung Musterstatuten

Sektionen, Massnahmen Unterschriftensammlung Grenzschutzinitiative. Zur Beratung der Strategie Regierungsratswahlen wurde zudem eine ausserordentliche Sitzung durchgeführt

Delegiertenversammlungen

15. Januar 2025 – Delegiertenversammlung Hotel Weisses Kreuz, Lyss

Wahl Vizepräsidium

Kant. Abstimmungsvorlage – Parolenfassung:

- «Berner Solar-Initiative» (Initiative und Gegenvorschlag des Grossen Rates)

Eidg. Abstimmungsvorlage – Parolenfassung:

- Volksinitiative «Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen (Umweltverantwortungsinitiative)»

07. April 2025 – Delegiertenversammlung Dorfzentrum Belp Aaresaal, Belp

Ist der EU-Vertrag ein Unterwerfungsvertrag?

Finanzen

- Rechnung 2024
- Budget 2025

Jahresbericht 2024

19. August 2025 – Delegiertenversammlung Lötschbergzentrum, Spiez

Nomination Regierungsratswahlen

Kant. Abstimmungsvorlage – Parolenfassung:

- Mietzins-Formularpflicht (Initiative «Für faire und bezahlbare Mieten dank transparenter Vormiete (Miet-Initiative)»)

Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:

- Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz, BGEID)
- Bundesbeschluss über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften

29. Oktober 2025 – Delegiertenversammlung Messe-Gelände Thun-Expo, Thun

Wahlauftakt Grossratswahlen

Eidg. Abstimmungsvorlagen – Parolenfassung:

- Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»
- Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»

Fachkommissionen

Finanzkommission (FiKo)



Die Finanzkommission des Grossen Rates ist mehr als nur eine Finanzkommission. Wir sind auch Sachbereichskommission für einige Gebiete. So kam es, dass wir die Volksinitiative «Für einen Kanton Bern mit regulierbarem Grossraubtierbestand» vorbereiteten und einen Gegenvorschlag erarbeiteten, der in Kommission und Rat Mehrheiten fand. Im September 2025 zog dann das Initiativkomitee seine Volksinitiative zurück. Dieser Gegenvorschlag, der sich auf Wolf und Bär beschränkt, ist bereits in Kraft. Dieser Erfolg zu Gunsten der Landbevölkerung und den Landwirten war aber nur möglich, weil wir bürgerlichen Kräfte in der Finanzkommission sehr gut zusammenarbeiten.

Aber auch für die städtischen Zentren in den Regionen Emmental und Oberaargau konnten wir mit der Revision des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG) einen schönen Erfolg erzielen. Neben Bern, Biel und Thun sollen neu auch die Städte Burgdorf und Langenthal eine Pauschalabgeltung der Zentrumslasten erhalten. Zwar steht die zweite Lesung noch an, aber wir sind zuversichtlich, dass wir die Änderung ins Ziel bringen können.

Auch bei der Revision des Steuergesetzes konnte der Grosse Rat einen wichtigen Schritt vorwärts machen. In erster Lesung hat er im September 2025 eine Glättung der Steuerprogression und spürbare Entlastungen für tiefe und mittlere Einkommen beschlossen. Die Steuersenkungen sollen ab 2027 wirksam werden. Zwar steht die zweite Lesung in der Frühlingssession 2026 noch an, doch die breite Unterstützung im Parlament lässt erwarten, dass die Revision erfolgreich abgeschlossen werden kann. Finanzpolitisch wichtig war die Budgetdebatte im November. Die Anträge unserer Kommission für mehr Ausgabendisziplin fanden praktisch auf der ganzen Linie eine Mehrheit.

Personell war das Jahr 2025 von mehreren Wechseln geprägt. Anne Speiser schied als zukünftige Grossratspräsidentin aus. Sie wurde durch Reto Zbinden ersetzt. Dann erfolgte durch den Rücktritt des langjährigen Mitglieds Ueli Augstburger aus dem Grossen Rat noch ein Wechsel. Mit dem Finanzspezialisten Fabian Zulliger folgte sein Nachfolger im Grossen Rat ihm auch gleich in der Finanzkommission nach.

Die Arbeit mit den alten und den neuen Kollegen machte Freude. Wir haben eine gute Stimmung und halten auch politisch gut zusammen. Ich danke ihnen allen und insbesondere unserem Fiko-Präsidenten Patrick Freudiger für ihren grossartigen Einsatz.

Samuel Krähenbühl, Grossrat, Unterlangenegg

Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)



Kurt Zimmermann, Nils Fiechter und Hans Schori waren das ganze Jahr über als SAK-Mitglieder aktiv. Korab Rashiti wurde im Juni durch Toni Brunner und Marc Tobler im Oktober durch Mathias Müller als Vollmitglieder ersetzt. Anne-Caroline Graber und Walter Schilt komplettierten als Ersatzmitglieder das SAK-Team. Hans Schori amtierte zusätzlich als Vizepräsident der SAK, als Mitglied des Ausschusses für Abstimmungserläuterungen des Grossen Rates sowie als Delegierter und Büromitglied im Ausschuss der Interkantonalen Legislativkonferenz (SAK-ILK).

Vorgängig zu jeder Kommissionssitzung fanden unter Leitung der SVP bürgerliche Vorgespräche statt.

Das Jahr stand ganz im Zeichen der Gesetzesrevisionen zum Datenschutz und zum Cyber- und Informationsschutz. Einen gewichtigen Anteil nahm auch die Umsetzung der überwiesenen Motion «Fachwissen nutzen, Polizistinnen und Polizisten den Zugang zum Grossen Rat ermöglichen» in Anspruch. Diese Gesetzesänderung fällt eher atypisch in den Kompetenzbereich der SAK.

Vorberaten wurden diverse Verpflichtungskredite, beispielsweise für das Gosteli-Archiv, die Stiftung Grand Chasseral, das digitale Langzeitarchiv und die Gemeindefusionen. Im Bereich der Oberaufsicht lag der Schwerpunkt bei den Aussenbeziehungen. Wiederkehrend erfolgten auch Dialoge zu den Aussenbeziehungen, den Richtlinien zur Regierungspolitik sowie zum Umsetzungsbericht der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS).

Die Kommission für Abstimmungserläuterungen verfasste für die kantonale Abstimmung über die Mietinitiative das Abstimmungsbüchlein für das öffentliche Plenum und die Stimmbevölkerung.

Die Jahrestagung der Interparlamentarischen Konferenz der Nordwestschweiz (IPK) fand am 24. Oktober 2025 unter dem Titel «Der Schlüssel zu einer nachhaltigen Region: Perspektiven, Potenziale und Probleme der Kreislaufwirtschaft» in Solothurn statt. Aus der SVP vertritt Walter Schilt den Kanton in diesem Gremium.

Die Interkantonale Legislativkonferenz (ILK) organisierte im Jahr 2025 folgende Veranstaltungen:

- Frühjahrstagung im Rathaus Bern zum Thema «Wie Kantone gemeinsam Sicherheit schaffen»;
- Tag(e) der Parlamente im Kongresshaus Zürich: «Wie stark ist unsere Demokratie? – Die Rolle der Parlamente in einer unsicheren Welt»

An dieser Stelle möchte ich allen Kommissionsmitgliedern für ihre gute, engagierte und leidenschaftliche Arbeit herzlich danken.

Hans Schori, Grossrat, Wiler b. Seedorf

Bildungskommission (BiK)



Im Jahr 2025 begleitete die Bildungskommission zentrale Themen im Bildungsbereich. Dabei standen Flexibilität, Verhältnismässigkeit und Nachhaltigkeit im Vordergrund. Entscheidungen wurden sachlich fundiert und finanziell verantwortungsvoll getroffen, mit dem Ziel, die langfristige Qualität der Bildungsinstitutionen zu sichern und Lernende sowie Lehrpersonen bestmöglich zu unterstützen.

Eine knappe Mehrheit der Kommission empfiehlt, die «**Berner Bildungsinitiative**» abzulehnen, und folgt damit dem Regierungsrat. Die Initiative will die Bildungsqualität in der Verfassung verankern und ausreichende Mittel sowie qualifizierte Lehrpersonen sicherstellen. Die Kommissionsmehrheit erkennt die Anliegen an, weist jedoch darauf hin, dass die Bildungsqualität bereits gesetzlich geregelt ist. Eine verfassungsmässige Definition könnte die Handlungsspielräume einschränken und die Flexibilität im Bildungssystem reduzieren. Eine Minderheit unterstützt die Initiative und betont, dass Bildung das Fundament von Gesellschaft, Wirtschaft und Wohlfahrt bildet und dass wichtige Faktoren wie Klassengrössen, Ressourcen und verbindliche Vorgaben für Lehrpersonen heute nicht ausreichend gesichert seien. Entsprechend wird empfohlen, die Initiative im Frühjahr 2026 abzulehnen, um die Anpassungsfähigkeit des Bildungssystems zu bewahren.

Das **Kunstmuseum Bern** soll zukunftstauglich gemacht werden. Geplant sind die Sanierung des historischen Stettlerbaus, ein Neubau als Ersatz für das Atelier-5-Gebäude sowie die Einbeziehung der Liegenschaft Hodlerstrasse 6. Das Siegerprojekt «Eiger» verbindet Sanierung und moderne Erweiterung. Für das Projekt ist ein Verpflichtungskredit von 15,7 Millionen Franken vorgesehen. Es gilt ein striktes kantonales Kostendach von 81 Millionen Franken, begleitet von regelmässigem Finanzreporting. Alfällige Mehrkosten sollen durch Drittmittel gedeckt werden. Reine Sanierungsvarianten wurden verworfen. Der Grosse Rat stimmte am 10. September 2025 mit 91 Ja- gegen 44 Nein-Stimmen für den Kredit. Gegen den Beschluss wurde ein Referendum mit 14'318 gültigen Unterschriften ergriffen. Die Bevölkerung stimmt am 14. Juni 2026 über den Projektierungskredit ab.

Nach fast 50 Jahren stösst das **Freilichtmuseum Ballenberg** am Eingang West an seine Kapazitätsgrenzen. Besonders die Besucherführung und die Parkplätze müssen dringend verbessert werden. Geplant sind ein modernes Besucherzentrum, ein zentrales Sammlungsdepot mit Schauvitriolen sowie ein zweigeschossiges Parkdeck mit 481 Plätzen. Die Gesamtkosten betragen 38,6 Millionen Franken. Am vorgesehenen Kredit von 26,96 Millionen Franken wird festgehalten; eine Erhöhung auf 30,6 Millionen Franken wurde abgelehnt, da gestiegene Kosten und unsichere Drittmittel berücksichtigt werden müssen. Ergänzend soll das Projekt durch ein Mobilitätskonzept unterstützt werden, um Besucherfluss und touristische Nutzung nachhaltig zu planen. Das Projekt bleibt für die Region und die Weiterentwicklung des Museums von zentraler Bedeutung.

Die **Hochschulen** bleiben ein zentrales Thema. Die zuständige Direktion betrachtet die Defizite als erledigt, während gleichzeitig betont wird, dass nur eine nachhaltige und transparente Finanzierung die langfristige Leistungsfähigkeit der Universität Bern, der Berner Fachhochschule und der Pädagogischen Hochschule Bern sichern kann. Interkantonale Vergleiche zeigen, dass der Kanton Bern insgesamt durchschnittlich investiert, wobei die pädagogische Hochschulbildung leicht über dem Durchschnitt liegt, bedingt durch die Zweisprachigkeit des Kantons. Das bestehende Finanzierungsmodell schafft ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Planungssicherheit und politischem Handlungsspielraum. Der Regierungsrat sieht derzeit keine Anpassung als nötig an, prüft jedoch weiterhin Möglichkeiten zur Stärkung einer nachhaltigen Hochschulfinanzierung.

Die **politische Zusammenarbeit** im Berichtsjahr war von Respekt und Sachorientierung geprägt. Die überparteiliche Kooperation ermöglichte es, verschiedene Vorhaben konstruktiv zu behandeln. Die Arbeitsatmosphäre war insgesamt kooperativ und trug zu effizienten Abläufen in der politischen Arbeit bei.

Nadja Günthör, Grossrätin, Erlach

Gesundheits- und Sozialkommission (GSoK)



Anfang Jahr hat die SP versucht, über den Gegenvorschlag zur abgelehnten Prämienentlastungsinitiative die mehr oder weniger gleiche Forderung im Kanton durch die Hintertür wieder einzubringen, was von den SVP-Grossrätinnen und -Grossräten einstimmig und im Rat überwiegend abgelehnt wurde. Im Frühling 2025 hat die Schliessung der Geburtenabteilung im Spital Frutigen die Bevölkerung aufgewühlt. Später wurden dann auch noch die Geburtenabteilung des Spitals Langenthal sowie die chirurgische Abteilung des Spitals Zweisimmen durch die jeweiligen Verwaltungsräte aufgehoben. Die SVP-Fraktion hat auf entsprechende Vorstösse aus der Bevölkerung mit sehr viel Verständnis reagiert, sich aber grundsätzlich dem Diktat der fortschreitenden medizinischen Entwicklung und den damit verbundenen, notwendigen Veränderungen im Gesundheitswesen mehrheitlich angeschlossen. Damit hat sie zweifellos auch unserem zukunftsorientiert agierenden Gesundheitsdirektor, Pierre Alain Schnegg, den Rücken gestärkt. Damit ist das Anliegen, die Gesundheitsdienstleistungsangebote möglichst dezentral verfügbar zu haben, natürlich noch nicht vom Tisch. Die SVP-Fraktion trägt diesem Umstand Rechnung mit der vorbehaltlosen Unterstützung von Vorstössen, welche eine aktuelle Spitalplanung und die Förderung der integrierten Versorgung zum Ziel haben.

Nachdem die Revision des Sozialhilfegesetzes schon während der Vernehmlassung viel zu reden gab, hat der Grosse Rat in der Herbstsession 2025 die 1. Lesung in Angriff genommen. Der Regierungsrat hat mit der Schaffung zeitgemässer Grundlagen für die Fallführung sowie für die Aufsicht, (Fachstelle Sozialrevisorat/FASR), innovatives Neuland beschritten, das auch von der SVP voll und ganz mitgetragen wurde. Die zahlreichen Angriffe von linker Seite – die Sozialhilfe zu Lasten der Eigenverantwortung auszubauen – konnten mit einer Ausnahme abgewehrt werden. Unterschiedlich ist die Haltung der SVP-Fraktion in Bezug auf

das Selbstbehaltsmodell, das zum Ziel hatte, Gemeinden und Sozialdienste anzuregen, die Kosten- und insbesondere die Ertragsseite im Sozialdienstbereich noch stärker zu fokussieren. Über dieses zentrale Element der Revision wird der Grosse Rat aufgrund des angenommenen Rückweisungsantrags aber erst in der 2. Lesung im Jahr 2026 definitiv entscheiden.

Abschliessend und zusammenfassend halten wir fest, dass insbesondere die Erstellung einer umfassenden Versorgungsplanung im Gesundheitswesen des Kantons Bern dringlich ist. Dies wurde auch in der Wintersession 2025 durch einen Vorstoss der GPK sowie einem weiteren aus SVP-Kreisen nochmals deutlich gemacht. Diese Vorstösse hat der Grosse Rat dann auch mit deutlichen Mehrheiten überwiesen.

Andreas Michel, Grossrat, Schattenhalb

Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK)



Im Berichtsjahr erfolgten wiederum personelle Änderungen in der BaK: Markus Aebi sowie der zum Regierungsrat gewählte Peter Zumbrunn traten aus dem Grossen Rat und damit auch aus der BaK aus. Als neue Mitglieder gewählt wurden Ruedi Fischer und Samuel Leuenberger. Herzlichen Dank, Markus und Peter, für Euren kompetenten Einsatz in der BaK!

Die SVP-Mitglieder der BaK setzten sich auch im Berichtsjahr in den zahlreichen Geschäften der BaK für einen vernünftigen und haushälterischen Umgang mit den Steuergeldern bei den Bauvorhaben des Kantons ein. Zu nennen sind dabei auch diverse Hochwasserschutzprojekte, wo sich die Mitglieder der SVP-BaK immer wieder sachkundig und mit grossen Lokalkenntnissen einbringen und so Projekte verbessern oder ihnen zum Durchbruch verhelfen.

Die BaK war zudem vorberatende Kommission für die neue Konzessionsstrategie Wasserkraft des Kantons. Hier geht es insbesondere darum, die wichtigen Ausbauprojekte Trift und Grimsel zu ermöglichen, die bernischen Elektrizitätsunternehmen insgesamt zu stärken und die betroffenen Gemeinden ins Boot zu holen. Da dieses Geschäft eine hohe strategische Bedeutung hat, für die nächsten Jahrzehnte Auswirkungen haben wird und sich Widerstand aus verschiedenen Kreisen abzeichnete, setzten sich die BaK-Mitglieder der SVP im Vorfeld der parlamentarischen Beratungen für eine Rückweisung ein. Diese soll eine massgeschneiderte Berner Lösung ermöglichen, die auch in der betroffenen Region getragen wird und so Einsparungen, welche zu Verzögerungen führen, verhindern. Der Grosse Rat hat diesem Rückweisungsantrag schliesslich zugestimmt.

Obwohl nicht vorberatende Kommission, hat sich die BaK auch intensiv mit dem neuen Kunstmuseum in Bern befasst und zentrale Fragen insbesondere zu den Kosten aufgeworfen. Im Plenum wurden dann leider sämtliche Anträge der SVP, welche das Risiko von Kostensteigerungen für den Kanton begrenzen wollten, abgelehnt. Dies veranlasste ein überparteiliches Komitee dazu, mit Unterstützung auch der SVP das Referendum zu ergreifen, womit nun das Volk das letzte Wort haben wird.

Schliesslich setzte die BaK einen Ausschuss «Netzstrategie ÖV Kernagglomeration Bern, Fokus Tram» ein. Dieser hat den Auftrag, eine vertiefte Analyse der Netzstrategie ÖV Kernagglomeration Bern mit Fokus auf die darin enthaltenen Tramlinien zu erarbeiten. Geleitet wird dieser wichtige Ausschuss von unserer Fraktionschefin und BaK-Vizepräsidentin Barbara Josi.

Abschliessend danke ich allen BaK-Mitgliedern herzlich für Ihren grossen Einsatz auch im vergangenen Jahr, welcher massgeblich zu einer Verbesserung zahlreicher Geschäfte beigetragen hat.

Raphael Lanz, Grossrat, Thun

Sicherheitskommission (SiK)



Die Sicherheitskommission des Grossen Rates behandelte im vergangenen Jahr zentrale Geschäfte in den Bereichen Sicherheit, Polizei und Justiz. Schwerpunkte bildeten Investitionen, gesetzgeberische Vorlagen sowie der Austausch mit sicherheitsrelevanten Akteuren.

Die Kommission beantragte einen Beitrag von 1,5 Millionen Franken aus dem Sportfonds für die Sanierung des Eissportzentrums Grabengut in Thun. Ebenfalls unterstützt wurde der Leistungsvertrag mit der Felber Stiftung für 2026–2030. Die Stiftung leistet einen wichtigen Beitrag zur Wiedereingliederung von Straffälligen und zur Reduktion von Rückfällen.

Im Bereich der Polizei wurden zentrale Beschaffungen unterstützt, darunter der Ersatz der Taser-Geräte sowie die Anschaffung eines neuen Wasserwerfers. Zudem wurde der Einsatz privater Sicherheitsdienste für Aufgaben im Amthaus Bern mehrheitlich befürwortet, um die Kantonspolizei gezielt zu entlasten.

Die Kommission besuchte das Regionalgefängnis Burgdorf und setzte sich mit der Überbelegung sowie den Herausforderungen im Justizvollzug auseinander. Ebenfalls behandelt wurden der Bericht zur interkantonalen Polizeischule Hitzkirch und die zukünftige Ausrichtung der Polizeiausbildung im Kanton Bern.

Ein wichtiger Bestandteil war der Austausch mit dem Kommandanten der Kantonspolizei, Christian Brenzikofer. Besonders nach den Ausschreitungen im November in Bern – geprägt durch linksextreme, Antifa- und pro-palästinensische Gruppierungen – informierte er klar über die Lage. Seine offenen Einschätzungen stiessen bei linken Parteien teilweise auf Widerstand.

Den grössten Konflikt stellte die Revision des Taxigesetzes dar. Nach der Rückweisung wurde die Vorlage erneut beraten. Während die bürgerliche Seite eine Modernisierung und Öffnung gegenüber Anbietern wie Uber oder Bolt anstrebte, bekämpfte die linke Seite jede Liberalisierung. Dies führte zu langwierigen, teils blockierten Beratungen.

Die Zusammenarbeit innerhalb der bürgerlichen Mitglieder funktionierte hingegen sehr gut. In zentralen Fragen konnte geschlossen gearbeitet werden.

Mathias Müller, Grossrat, Orvin

SVP Frauen Kanton Bern



Das Jahr 2025 stand bei den SVP Frauen Kanton Bern für einen personellen und inhaltlichen Aufbruch. Mit dem Wechsel im Präsidium von Christine Gerber zu Daria Winkelmann-Rösti wurde die Führung neu aufgestellt und gleichzeitig Kontinuität sichergestellt. Ein wichtiger Schritt war die Neukonstituierung des Vorstands im Januar 2025. Neu sind fast alle Wahlkreise im Vorstand vertreten. Damit sind wir im ganzen Kanton breit abgestützt und zeigen klar: Die SVP Frauen sind im ganzen Kanton Bern verankert. Diese breite Basis gab uns den nötigen Rückhalt für die strategische Weiterentwicklung.

An der Frühlingsklausur haben wir unsere Schwerpunkte geschärft. In der Bildung setzen wir uns für eine Rückkehr zu einem leistungsorientierten Schulsystem ein. Die integrative Schule hat aus unserer Sicht viele Probleme geschaffen, statt sie zu lösen. In der Gesundheitsversorgung kämpfen wir für eine starke Grundversorgung in den Regionen, zum Beispiel haben wir mit einem offenen Brief an den Regierungsrat und die Spitalleitung der fmi für den Erhalt der Geburtsabteilung in Frutigen gekämpft. Bei der Infrastruktur sprechen wir offen an, dass die starke Zuwanderung Druck auf Wohnungen, Verkehr und Energiepreise ausübt. Und beim Thema Sicherheit gilt für uns klar: Null Toleranz gegenüber Kriminalität und mehr Schutz für die Bevölkerung, insbesondere für uns Frauen in den Städten und Agglomerationen.

Der Auftritt an der BEA zeigte, dass unsere Themen auf Interesse stossen. Viele Gespräche bestätigten uns, dass wir die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger aufnehmen. Auch bei der Unterschriftensammlung für die Grenzschutz-Initiative war die Unterstützung spürbar. Der direkte Kontakt bleibt für uns zentral.

Mit Blick auf die Wahlen 2026 haben wir ein wichtiges Ziel erreicht: Rund ein Viertel der Kandidierenden auf den SVP-Listen sind Frauen. Es ist erfreulich, über 50 motivierte Frauen aus allen Regionen des Kantons im Wahlkampf für die Grossratswahlen zu wissen. Ihr Engagement und die konsequente Vertretung unserer Anliegen verdienen grossen Respekt. Zusätzlich setzen wir auf moderne Kommunikation, unter anderem mit Videoprojekten in den Wahlkreisen. Unsere Präsidentin bringt sich in der Geschäftsleitung und dem Parteivorstand aktiv ein, damit bürgerliche Frauen sichtbar Verantwortung übernehmen.

Die SVP Frauen haben aktiv Unterschriften für das Referendum gegen die Individualbesteuerung gesammelt. Mit dem ergriffenen Referendum können wir bei der Abstimmung 2026 verhindern, dass mit der Abschaffung der Heiratsstrafe unverhältnismässig viel neue Bürokratie geschaffen wird. Familien und Mittelstand sollen entlastet werden, nicht der Staat ausgebaut. Auch der interne Zusammenhalt kam nicht zu kurz, etwa beim traditionellen Grossrätinnen-Fondue im Restaurant Arlequin in Bern. Mit klaren Positionen und viel Einsatz gehen wir geschlossen ins Wahljahr 2026.

Daria Winkelmann-Rösti, Präsidentin, Siselen

Junge SVP Kanton Bern freut sich über Zuwachs im Kantonsparlament und stellt sogleich die jüngste Grossrätin

Das Vereinsjahr 2025 begann wie üblich mit unserer 1. Vorstandssitzung und Mitgliederversammlung.

Im Februar organisierten wir einen gesellschaftlichen Anlass für unsere Mitglieder. Wir trafen uns im «Escape-Room» in Bern und testeten unser gegenseitiges Wissen und Geschick.

Im April hielten wir die Hauptversammlung der Jungen SVP Kanton Bern ab. Soll der Eigenmietwert abgeschafft werden? Um diese politische Frage drehte sich die Diskussion im Hotel Kreuz. Eingeladen für das Pro-Referat war SVP-Grossrat und langjähriges JSVP-Mitglied Reto Zbinden. Er kreuzte die Klängen mit JUSO-Stadträtin Tanja Blume, die das Nein zur Abschaffung des Eigenmietwerts vertrat. Die Mitglieder waren sich einig, der Eigenmietwert muss weg und deshalb wurde eine klare Ja-Parole beschlossen. Später stimmte dann erfreulicherweise auch das Schweizer Stimmvolk der Abschaffung des Eigenmietwerts zu. Neu gewählt als JSVP-Wahlkreispräsidentin Berner Jura wurde Anaïs Ryser aus Reconvilier, die von Beruf Uhrmacherin ist.

Bürgerlicher Angriff auf Rot-Grün auch bei den Regierungsratswahlen, so die Forderung der Jungen SVP Kanton Bern. Als bekannt wurde, dass mit den Rücktritten von SP-Regierungsrat Christoph Ammann und Grünen-Regierungsrätin Christine Häsler gleich 2 von 3 Regierungsratssitzen von Rot-Grün vakant werden, forderte der Vorstand der Jungen SVP Kanton Bern als erste Partei, mit einem bürgerlichen 5er-Ticket ins Rennen zu steigen. Während diese Idee zu Beginn noch auf Widerstand stiess, nahm sie nach und nach Form an. Mit den bekanntesten SVP-Kandidaturen Raphael Lanz und Daniel Bichsel brauchten wir uns bei den bürgerlichen Partnern schliesslich nicht zu verstecken. Die bürgerlichen Partner FDP, Mitte und EDU waren sodann mit dem bürgerlichen 5er-Ticket einverstanden und dem Wahlkampf wurde so sehr früh die nötige Energie geliefert.

Aufgrund der erfreulichen Wahl des damaligen Grossrats Peter Zumbrunn zum neuen Regierungsratspräsidenten Interlaken-Oberhasli, rutschte unsere Vizepräsidentin Stephanie Gartenmann aus Lauterbrunnen in der Wintersession in den Grossen Rat nach. Wir freuen uns über die erneute Verstärkung der Jungen SVP im Grossen Rat. Nicht nur sind wir seit 2022 mit Maxime Ochsenbein, Nils Fiechter, Adrian Spahr und Stephanie Gartenmann rasant um 4 Mitglieder gewachsen (total 6), sondern stellen mit Stephanie mit Jahrgang 2002 neu auch die jüngste Grossrätin des Kantons Bern und luchschen so der Juso neu auch diesen Titel ab. So kann ich als Präsident abschliessend zu diesen erfreulichen Nachrichten sagen: Die Zukunft ist und wählt rechts!

Adrian Spahr, Präsident, Grossrat, Lengnau

SVP Senioren Kanton Bern



Das Jahr 2025 wurde weiterhin durch anhaltende internationale Krisen geprägt. Der Krieg in der Ukraine dauerte weiterhin an und die Lage im Nahen Osten blieb instabil. Nach der Rückkehr von Donald Trump ins Weisse Haus verhängte die USA weltweit hohe Zölle gegen zahlreiche Länder, darunter auch gegen die Schweiz. In der Schweiz war der schwere Bergsturz über das Walliser Dorf Blatten ein prägendes Ereignis, verbunden mit Evakuationen und hohen Sachschäden. Hohe Sachschäden verursachte im Oktober 2025 auch eine Palästina-Demo in der Stadt Bern, die Polizei kesselte über 500 Personen ein. Die kantonale SVP strebt einen dritten Sitz in der Berner Regierung an und nominierte drei Kandidaten, welche auf einem bürgerlichen 5er-Ticket (zusammen mit FDP, Mitte und EDU) für die Regierungsratswahlen im Frühjahr 2026 antreten.

An einem gut besuchten Info-Anlass vom 1. April 2025 orientierte Nationalrat und SVP-Kantonalpräsident Manfred Bühler über die Vorbereitungen zu den kantonalen Regierungsrats- und Grossratswahlen 2026. Im zweiten Teil der Veranstaltung durften wir den Politologen Lukas Golder zu einem interessanten Referat über seine Tätigkeit mit seinen Analysen zu Wahlen und Abstimmungen begrüßen.

Die statutarischen Traktanden an der HV der Senioren vom 13. Mai 2025 wurden speditiv abgewickelt. Im Hinblick auf die Regierungsratswahlen 2026 wurden von zwei Wahlkreisen bereits zwei Kandidaten für den nach 16 Jahren zurücktretenden Regierungsrat Christoph Neuhaus zuhanden der kantonalen DV vorgeschlagen. Die beiden kompetenten Kandidaten Daniel Bichsel, Zollikofen und Raphael Lanz, Thun erhielten die Gelegenheit, sich vorzustellen. Der bisherige Regierungsrat Pierre Alain Schnegg hielt anschliessend ein sehr engagiertes Referat zum Wandel im Gesundheitswesen. Aus seiner langjährigen Erfahrung orientierte er mit grosser Sachkenntnis, welche Herausforderungen sich für den Kanton Bern stellen und dass in den nächsten Jahren ein spürbarer struktureller Umbau von der stationären zur ambulanten Behandlung erfolgen wird.

Im September 2025 wurden unsere Mitglieder und weitere Interessierte zu einer Führung durch das Berner Rathaus und zum Tribünenbesuch während der Grossratssession eingeladen. Dieser von unserem Vorstandsmitglied und Grossrat Kurt Zimmermann mitorganisierte Anlass fand Anklang, sodass er an zwei Daten durchgeführt wurde. Alle Besucher äusserten sich sehr positiv über die kompetente Führung durch die parlamentarischen Dienste aber auch über das anschliessende gemütliche Beisammensein im nahegelegenen Restaurant „Zunft zu Webern“.

Die Zahl der Mitglieder hat sich, trotz auch neuen Mitgliedern, vor allem durch Todesfälle und einzelne Austritte um 11 auf 339 Personen reduziert.

Auf die kommende HV 2026 haben aus unserem Vorstand Vizepräsidentin Bethli Küng, Christian Grossniklaus und Hansruedi Spichiger demissioniert. Ihr engagiertes Wirken in unserem Vorstand verdanke ich bereits an dieser Stelle bestens. Präsident Ulrich Iseli hatte vorgesehen, diese Wechsel im Vorstand noch

ein Jahr zu begleiten. Wegen eines unvorhergesehenen gesundheitlichen Vorfalls hat er sich nun entschlossen, ebenfalls bereits auf die HV 2026 als Präsident und Vorstandsmitglied zurückzutreten. Für die während all diesen Jahren gefreute Zusammenarbeit bedanke ich mich an dieser Stelle recht herzlich.

Ulrich Iseli, Präsident, Madiswil

Wahlkreise

Cercle électoral Jura bernois



L'année 2025 est une année préparatoire aux élections cantonales de 2026. Au plan fédéral, nous devons sans cesse lutter contre des initiatives totalement hors de propos. Ces dernières années, nous avons régulièrement dû faire face à ces initiatives très dangereuses en faveur d'une écologie délirante, provoquant plus de mal que de bien, risquant surtout de toucher très durement la population sur le plan fiscal. Certes, elles n'ont que peu de chances d'aboutir, mais il faut faire très attention à toujours bien mobiliser nos électeurs, car il suffirait d'un accident de parcours pour qu'une telle initiative passe, ouvrant alors la porte à des idées délétères contre l'économie et l'agriculture. N'oublions pas que ces initiatives sont soumises au peuple, et il y a toujours beaucoup personnes qui les soutiennent.

En 2025, l'UDC JB a montré un grand soutien à la préfète Stéphanie Niederhauser (PLR), combattue par un total inconnu de Lausanne. Ceci a démontré que malheureusement certains énergumènes mettent à mal notre système politique en exploitant les failles de nos lois. La loi a été corrigée par le Grand Conseil. Il est regrettable qu'il faille compliquer nos lois à cause de ce genre de personnes, la raison ne suffit malheureusement pas toujours.

Plusieurs maires UDC ont été élus et réélus, comme par exemple Claude-Alain Wüthrich à Sonceboz et Michaël Schlappach à Loveresse. Michel Tschan est entré en fonction à Corgémont et a quitté le Conseil du Jura bernois. Toutes nos félicitations pour ces élus et remerciements pour leur engagement en faveur du bien public. Dans un chapitre éprouvant pour nous, habitants du Jura bernois, nous avons dû prendre note de la démission de notre représentant Prévôtois Marc Tobler, qui a remis son mandat au Grand Conseil. Moutier devant définitivement quitter notre beau canton de Berne le 31 décembre 2025 à minuit, Marc ne pouvait plus siéger au Grand Conseil. C'est donc avec une certaine émotion que nous avons pris congé de lui.

Les élections cantonales ont été intensivement préparées, et nous sommes confiants : nous avons d'excellentes listes avec de jeunes candidats issus de différents secteurs, et qui ont la tête sur les épaules. Une liste qui fait plaisir à voir tant pour le Grand Conseil que le Conseil du Jura bernois !

Pierre Alain Schnegg s'est quant à lui remis en selle pour le Conseil-exécutif. C'est un grand honneur de pouvoir encore une fois présenter un homme engagé

pour la cause publique et un grand homme d'État, qui ne craint pas de prendre des décisions. Nous le soutenons sans réserve et sommes très reconnaissants qu'il assume son rôle de leader.

Au nom de l'UDC Jura bernois, je remercie toutes les personnes qui ont travaillé sous les couleurs du parti. C'est bien grâce à elles qu'il est possible de faire avancer notre pays dans la sérénité, un pays construit sur des bases solides. Nous nous devons de préserver notre pays à nos ancêtres qui ont œuvré sans relâche, pour notre région, notre canton et notre pays.

Patrick Tobler, président, Crémines

Wahlkreis Biel-Seeland



Das Jahr 2025 stand für Beständigkeit, aber auch für Neues. Das SVP bi de Lüt hatte sich in den letzten Jahren bewährt und es ist immer wieder schön zu sehen, dass sich Sektionen gemeldet haben, welche Interesse an der Durchführung haben. Im April durften wir NR Thomas Knutti begrüßen. Im Juli ging es dann mit dem Event nach Treiten, wo SR Werner Salzmann und NR Nadja Umbricht Pieren am ersten Event der neu gegründeten Sektion «SVP Grosses Moos» teilnahmen.

Aufgrund der Gemeindewahlen im September 2025 und meiner Kandidatur als Stapi und Gemeinderat habe ich bereits Anfang Jahr dem Vorstand meinen Entschluss mitgeteilt, das Amt des Präsidenten zur Verfügung zu stellen. Somit blieb dem Vorstand genügend Zeit, bis in den Herbst meine Nachfolge zu finden. Bereits früh hat sich Barbara Holzer gemeldet, welche schon Erfahrungen als Sekretärin im Vorstand des WK Biel-Seeland sammeln konnte. Im September fand die Stabsübergabe statt und ich wünsche «Bärble» mit ihrem Team viel Erfolg.

Herzlichen Dank an alle, welche mich in den Jahren als WK-Präsident begleitet und unterstützt haben. Ein grosses Merci geht an die Sektionen und ihre Mitglieder für die Arbeit in den Gemeinden und die super Zusammenarbeit. Macht weiter so!

Markus Baumann, Präsident, Stadtrat, Nidau



Anlässlich der Seeländischen Delegiertenversammlung vom 03.09.2025 des Wahlkreises SVP Biel-Seeland wurde ich als neue Präsidentin einstimmig gewählt. Ich durfte also die Nachfolge von Markus Baumann antreten. Es erfüllt mich mit Stolz, den grössten Wahlkreis im Kanton Bern zu führen. Es war mir jedoch auch bewusst, dass dies kein «Zuckerschlecken» wird. Aber ich darf auf ein starkes Vorstands-Team zählen, welches mir mit Rat und Tat zur Seite steht.

In diversen Gemeinden fanden im Herbst Wahlen statt, wo die SVP stark zulegen und viele Sitzgewinne einfahren konnte. Wir organisierten ebenfalls diverse Anlässe wie «SVP bi de Lüt», «PolitForum Stadt-See-Land» und noch weitere Sektionsanlässe mit jeweils Top-Gastrednern aus der Kantons- und Bundespolitik.

Das Jahr 2026 steht ganz im Zeichen der Grossrats- und Regierungsratswahlen. Mit Stolz treten wir mit einer schlagkräftigen Liste an. Diese ist mit Kandidatinnen und Kandidaten von Jung bis Mittelalt und aus fast jeder Berufsgattung vertreten. Ich freue mich auf den Wahlkampf und wünsche allen viel Freude und Erfolg. Unser Wahl-Slogan lautet: **d'SVP machts – Unbequeme Fragen stellen, wo andere schweigen / l'UDC agit – Regarder là où les autres détournent les yeux.**

Zum Schluss möchte ich Allen herzlich danken, die sich in unserem Wahlkreis für unsere Heimat, Freiheit, Sicherheit und unsere direkte Demokratie unermüdlich einsetzen. Merci viu mau.

Barbara Holzer-Moser, Präsidentin, Ins

Wahlkreis Emmental



Im Emmental haben die Vorbereitungen für die kantonalen Gesamterneuerungswahlen vom kommenden März begonnen. Wahlleiter GR Alfred Bärtschi und sein Team waren schon früh erfolgreich bei der Kandidatensuche. Die SVP Emmental freut sich sehr, erneut mit zwei vollen Listen zu den Wahlen anzutreten. Je 15 ausgewiesene und motivierte Kandidierende präsentieren sich auf den beiden Listen Oberes Emmental und Unteres Emmental. Kandidierende beider Listen können im ganzen Emmental gewählt werden (wichtig wird lediglich sein, nur einen Wahlzettel einzulegen. Das Einlegen beider Listen würde zur Ungültigkeit führen!). Gemäss Wahlkonzept werden drei von der SVP Emmental organisierte, bedeutende Anlässe stattfinden: am 20. Februar 2026 in Eggiwil mit den fünf bürgerlichen Regierungsratskandidierenden, am 25. Februar in Burgdorf mit aNR Peter Spuhler und am 6. März 2026 in Oberburg mit dem Kommandanten der Berner Kantonspolizei. Natürlich freuen wir uns schon heute auf eine rege Wahlbeteiligung am 29. März 2026 im Emmental – auch wird es sehr wichtig sein, unser bürgerliches Fünferticket in den Regierungsrat zu wählen.

In diversen Emmentaler Gemeinden fanden im vergangenen Jahr kommunale Wahlen statt. Diese verliefen jeweils sehr positiv. In einigen Gemeinden kam es zur stillen Wahl, bei welcher unsere SVP-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte bestätigt wurden. In Langnau wurde der langjährige Gemeindepräsident, GR Walter Sutter, glanzvoll wiedergewählt. Nebst dem Bisherigen Beat Gerber dürfen mit Roland Zaugg und Michael Reber zusätzlich noch zwei weitere SVPler neu in der Exekutive von Langnau Einsitz nehmen. Wir gratulieren allen wiedergewählten und neuen Exekutivmitgliedern in allen Gemeinden herzlich zur erfolgreichen Wahl und wünschen viel Erfolg und Freude im Amt.

Am 18. Mai 2025 fanden die Erneuerungswahlen in den Regierungstatthalterämtern statt. Im Emmental wurde die ein Jahr zuvor gewählte Alexandra Grossenbacher in stiller Wahl bestätigt. Wir wünschen Alexandra Grossenbacher weiterhin viel Glück und Erfolg bei ihrer anspruchsvollen Aufgabe.

Im Vorstand der SVP Emmental beschäftigte uns der generelle, altersbedingte Mitgliederrückgang. Uns ist wichtig zu betonen, dass eine starke SVP

insbesondere in aktuellen Zeiten, wo die Unabhängigkeit, Neutralität und auch die Sicherheit der Schweiz ernsthaft auf dem Spiel stehen, dringend notwendig ist. Deshalb appellieren wir an alle Sektionen, sich rege an der Werbung von Neumitgliedern zu beteiligen. Es geit üs au! a!

Meinen Vorstandskolleginnen und -kollegen der SVP Emmental, Nationalrätin Nadja Umbricht Pieren, meinem Vizepräsidenten Grossrat Alfred Bärtschi, den Grossräten Ruedi Fischer, Roland Ryser, Walter Sutter und Ueli Gfeller, Peter Erhard, Corinne Gygax, Sekretärin Michelle Adam-Singer, Kassier Joel Zimmermann, dem Homepage-Verantwortlichen Beat Hochstrasser und den Revisoren Hanspeter Lüthi und Mirjam Kalbermatten-Wüthrich danke ich für die geleistete Arbeit zugunsten unserer SVP.

Ebenfalls danke ich allen Sektionsverantwortlichen der SVP Emmental für deren Mitwirken und das politische Engagement. Ein grosses MERCI geht an sämtliche Emmentaler SVP-Mitglieder für ihre Treue. Ihr seid die tragende Stütze unserer Partei!

Andrea Gschwend-Pieren, Präsidentin, Grossrätin, Kaltacker/Heimiswil

Wahlkreis Oberaargau



Die anstehenden Grossratswahlen im Frühjahr 2026 warfen bereits im Jahr 2025 ihre Schatten voraus und standen im Zentrum der Aktivitäten der SVP Oberaargau. So stand die Delegiertenversammlung der SVP Oberaargau im Mai 2025 im Zeichen der Nomination der Kandidierenden für die Grossratswahlen. Dabei überraschte die Partei mit einer geballten Ladung Frauen-Power. Denn nicht weniger als fünf der insgesamt 12 Listenplätze werden von Frauen belegt. Zur Wahl in den Grossen Rat des Kantons Bern stellen sich folgende Frauen zur Verfügung: Christine Fahrni (Rumisberg), Monika Lang (Gemeinderätin, Herzogenbuchsee), Sabrina Schlegel (Ochlenberg), Sonja Straumann (Gemeindepräsidentin, Eriswil) und Cornelia Wälchli (Langenthal).

Alle Bisherigen treten wieder an: Auf der Liste befinden sich auch alle fünf aktuellen Oberaargauer SVP-Grossräte, die sich zur Wiederwahl stellen: Beat Bösiger (Niederbipp), Samuel Leuenberger (Bannwil), Patrick Freudiger (Langenthal), Martin Lerch (Langenthal) und Andreas Schüpbach (Huttwil). Komplettiert wird die Liste durch Benjamin Kurt (Gemeindepräsident Roggwil) und Marcel Sommer (Huttwil, ehemaliger Gemeinderat). Wahlkampfleiter Andres Schüpbach zeigte sich erfreut, mit einer vollen Liste antreten zu können, die Kandidierende aus dem ganzen Oberaargau umfasst.

Ziel ist es die fünf bisherigen Sitze zu verteidigen. Ein Unterfangen, das nicht einfach zu realisieren ist, da für die Wahlen 2026 leider keine Listenverbindung mit der FDP und der Mitte zustande gekommen ist. Aber mit den bisherigen Grossräten sowie den weiteren namhaften Persönlichkeiten verfügt die SVP Oberaargau über eine starke Liste, mit der sich das ehrgeizige Vorhaben durchaus realisieren lässt. Zentral wird sein, dass die Stimmbeteiligung im Wahlkreis Oberaargau höher ausfällt als bisher.

Die Meldung über die Schliessung der Geburtenabteilung beim Spital SRO in Langenthal hat im Sommer 2025 auch die SVP Oberaargau stark beschäftigt. Die Partei informierte an der Delegiertenversammlung ihre Mitglieder darüber, dass man für den Erhalt des SRO-Spitals in Langenthal kämpfe. Sämtliche Grossrätinnen und Grossräte vom Wahlkreis Oberaargau haben unter Hauptmotionär GR Martin Lerch eine mehrteilige Motion eingereicht. Das Hauptanliegen, die Geburtenabteilung SRO wieder zu eröffnen, wurde aber vom Parlament abgelehnt. Abschliessend fordert die Motion, dass die Verwaltungsräte von öffentlichen Spitälern künftig eine angemessene personelle Vertretung aus den Regionen aufzuweisen haben.

Abgeschlossen wurde das Jahr traditionsgemäss mit der Präsidentenkonferenz. Die SVP Oberaargau entführte dabei die Teilnehmenden zur createch ag in Langenthal und hier in eine faszinierende Laser-Welt. Mit dabei war auch Marcel Dettling, Präsident der SVP Schweiz, der in einem flammenden Referat vor der Annahme des neuen EU-Rahmenvertrags warnte. Dettling freute sich sichtlich über die Rückkehr nach Langenthal, wo er im Frühjahr 2024 von den Delegierten zum Präsidenten der SVP Schweiz gewählt worden war. Genauso erfreut nimmt er aktuell zur Kenntnis, dass die SVP landauf, landab bei den Wahlen zulegt. «Warum legen wir zu», fragte er in die Runde und gab die Antwort gleich selber: «Weil wir genau hinschauen und zuhören, was die Leute in unserem Land beschäftigt.» Danach kam er auf den vorliegenden EU-Rahmenvertrag zu sprechen. Dettling sprach von einem harten Abstimmungskampf, der bevorstehe. Dabei höre er immer wieder aus der Wirtschaft das «Klagelied» der überbordenden Bürokratie. «Wenn wir aber diesem Rahmenvertrag zustimmen, holen wir die Mutter aller Bürokratien, die in Brüssel zu Hause ist, direkt in unser Haus», warnte er.

Der Dezember war geprägt mit Unterschriften sammeln für das Referendum gegen den Planungskredit für das Kunstmuseum Bern. Erfolgreich! Nun können die Stimmberechtigten des Kantons Bern darüber abstimmen. Der Wahlkreis Oberaargau hat mit 3094 Unterschriften einen wesentlichen Teil dazu beigetragen.

An allen Delegiertenversammlungen hat die SVP Oberaargau Parolen gefasst und diese auch öffentlich kommuniziert.

Samuel Leuenberger, Präsident, Grossrat, Bannwil

Wahlkreis Mittelland Nord



Am 17. Januar startete eine Gruppe unter Führung von Marlise Gerteis (Gemeindepräsidentin Neueneegg) den Aufbau des Wahlkomitees für die RR- und GR-Wahlen vom 29.03.26. Schon bald waren alle Funktionen besetzt und in 8 Sitzungen alles Notwendige geregelt. Bis zur Sitzung am 3. Dezember konnte bereits das Wichtigste ins Trockene gebracht werden.

Am 9. April fand der Präsidentenwechsel statt. Da Walter Schilt im März 2026 nicht mehr zur Wiederwahl als Grossrat antritt, gab er auch das Amt des Wahlkreispräsidenten frühzeitig ab. Er fragte mich als seinen langjährigen Vizepräsidenten als Nachfolger an, wozu ich ihm nach kurzer Bedenkzeit zusagte. Meine

Wahl durch die Delegierten durfte ich als klaren Vertrauensbeweis werten. In einem ersten Mail an die Sektionspräsidien kündigte ich an, sie an ihren Versammlungen besuchen zu wollen, um die Themen zu spüren, die beschäftigen. Dies hat bereits in Ostermündigen, Fraubrunnen und Vechigen stattgefunden.

Am 29. April fand in Münchenbuchsee das von SR Werner Salzmann organisierte «SVP bi de Lüt» statt, wo unsere Mandatsträger aus ihren Räten berichteten. Der Aufmarsch war gross.

Am 3. Mai fand wiederum der BEA-Standanlass der SVP Mittelland Nord statt. Mandatsträger, Grossratskandidierende und JSVP-Vertreter betreuten den Stand, führten politische Gespräche und warben Neumitglieder.

An der Vorstandssitzung vom 18. Juni wurde die Funktionsaufnahme eines Vorstandsausschusses besprochen, der sich während jeder GR-Session einmal zur Besprechung beim Mittagessen trifft. Dies fand bereits dreimal statt und zeigt grossen Nutzen. Allfällige Rochaden im Vorstand werden bis nach den Grossratswahlen offengelassen.

Übers Jahr fanden 3 Vorstands- und 4 Delegiertenversammlungen statt. Zudem wird das nie richtig angewendete Götti-Prinzip durch ein jährliches Sektionstreffen abgelöst, das als Austauschplattform dient.

Am 21. Oktober führten wir ein zweites «SVP bi de Lüt» im Bramberg durch. Die Sektionen Mühleberg und Neuenegg organisierten es perfekt; rund 50 Zuhörende folgten den Ausführungen unserer Mandatsträger.

Der Esprit in unserem Wahlkreis ist erfreulich – beste Voraussetzung, um 2026 erfolgreich die heisse Wahlphase anzutreten. Ich danke allen, die tatkräftig mitgewirkt haben. Der RR und GR sollen bürgerlicher werden. Ich freue mich auf die Fortsetzung unserer erspriesslichen Zusammenarbeit.

Kurt Wenger, Präsident, Grossrat, Meikirch

Wahlkreis Stadt Bern



Die Stadt Bern versinkt einmal mehr im roten Sumpf! / Verstoss gegen zentrale Verfassungsbestimmungen:

Neben der Kleinstgemeinde Schelten im Berner Jura (34 Einwohner) stimmten die Einwohner der Stadt Bern am 30.11.2025 der Juso-Erbschaftsinitiative als einzige weitere Gemeinde zu. Mit 50.8% der Stimmen fand auch diese unsinnige Vorlage in der Stadt eine Mehrheit. Angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse war dies für Kenner der örtlichen Verhältnisse nicht einmal überraschend. In Bern werden in den Quartieren über 30% der überirdischen Parkplätze abgebaut. Auch soll auf Boden im Eigentum der Stadt kein höherwertiges Wohnen mehr erlaubt werden. Abgabe im Stockwerkeigentum oder Baurecht ist nicht mehr erwünscht. Dafür werden Wohnzonen für Sozialwohnungen und Genossenschaften ausgeschieden, die vom Steuerzahler querfinanziert werden müssen. Es wird vom Gemeinderat und Stadtrat immer konsequent abgelehnt, dass die Berechtigung des Bezugs einer vergünstigten Wohnung auf *mögliche* finanzielle Leistungskraft der Bewohner hin abgeklärt wird. So kann zum Beispiel eine Gymnasiallehrerin mit reduziertem

Pensum und ein mit ihr zusammenlebender hoher Kaderbeamter des Bundes/Kantons oder Stadt sogar eine vergünstigte Wohnung erhalten. Mehr Freizeit auf Kosten der Steuerzahler darf nicht sein! Der Hauswart und die Verkäuferin haben die Möglichkeit der Pensen-Reduktion bei Beibehaltung des bisherigen Lebensstandards wohl nicht! Ist dies gerecht?

Neu soll nur noch eine Parkkarte pro Person vergeben werden und Garagen dürfen nicht mehr anderweitig genutzt oder an auswärtige Mieter vermietet werden. Diese Regelung stellt u.E. einen Verstoss gegen die in der Bundes- und Kantonsverfassung garantierte Eigentumsгарantie und die Handels- und Gewerbefreiheit dar. Der Cabriofahrer mit einer Garage darf somit keine Parkkarte lösen und müsste sein Cabrio oder sein Alltagsauto verkaufen. Auch dürfen in einer Garage keine Kajaks mehr gelagert werden, wenn der Eigentümer oder Mieter eine Parkkarte möchte! Die rotgrüne Verbotskultur in Bern treibt immer seltsamer Blüten! Es ist zu hoffen, dass die angerufenen Gerichte diesen Eingriffen in die Grundrechte eine klare Abfuhr erteilen werden.

Fehlende politische Zusammenarbeit unter den bürgerlichen Parteien:

Nachdem bereits in den Grossratswahlen 2022 und bei den Stadtratswahlen 2024 keine Listenverbindung gewünscht wurde (obwohl die SVP 2024 das Bündnis «meh Farb für Bärn» unterstützte), wurde auch eine Listenverbindung für die Grossratswahlen 2026 abgelehnt. 2022 verlor die SVP ihren zweiten Sitz, 2026 zeichnet sich der Verlust des zweiten Sitzes der Mitte Partei ab und 2030 dürfte die FDP wohl bei einem Alleingang ihren zweiten Sitz verlieren.

Auch im Stadtrat steht die SVP leider oft alleine dar. Obwohl sich im Spätsommer 2026 abzeichnete, dass die Hamas-Demonstrationen immer gewalttätiger ausarteten und Geleise blockiert wurden, hatte der Antrag der SVP auf Erhöhung der Polizeipräsenz angesichts der gewalttätigen Demonstrationen keine Chance. Das Della Casa brannte im Oktober fast ab.

Thomas Fuchs, Präsident, Grossrat, Bern

Wahlkreis Mittelland Süd



Drei Highlights 2025: Ständerat Werner Salzman gab sich die Ehre, an unserer HV im März zu drei aktuellen Themen PUK, Asylwesen und Bundesratswahlen vor vollen Rängen die Delegierten und Besucher aus der Frühlingssession zu informieren und mit seinen spannenden Ausführungen zu faszinieren.

Nominationsversammlung unserer Grossratskandidatinnen und Grossratskandidaten Ende Juni in Gerzensee: Diesen speziellen und stimmigen Anlass konnten wir auf der errichteten Infrastruktur zum 30 Jahre-Jubiläum des FC Gerzensee durchführen – vielen Dank Fäbu Zulliger. Nationalrätin Nadja Umbricht Pieren hat ihren Auftrag als «Wahlpatentante» SVP Mittelland Süd voll erfüllt und mit ihrer Erfahrung unsere Kandidierenden auf die bevorstehenden neun Monate bestens eingestellt und vorbereitet. Gratuliere und Danke unserem Wahlausschuss GRW 26 unter Leitung von Nationalrätin Katja Riem für ihren super Einsatz.

Gemeindewahlen im Mittelland Süd: Die SVP-Sitze für Gemeinderat und Parlament konnten erfreulicherweise vielerorts verteidigt oder sogar ausgebaut werden, auch in grösseren Gemeinden wie Köniz, Münsingen und Konolfingen. Super Job, herzlichen Dank allen Sektionen!

BEA-Time: Am Mittwoch war der Tag der SVP Mittelland Süd an der BEA. Der eigens erstellte Wettbewerb gab uns die Möglichkeit, mit den Besucherinnen und Besuchern in Kontakt zu kommen und so eine nicht erwartete Anzahl Unterschriften zu den SVP-Initiativen zu sammeln. Ein grosses MERCI dem OK, bestehend aus Beat Johner, Markus Schüpbach und aGR Res Burren.

«SVP bi de Sektionen»: Die neue Webseite der SVP Mittelland Süd ist aufgeschaltet und ist für unsere Sektionen eine gute Gelegenheit, auch ein- oder umzusteigen. Der Vorstand SVP Mittelland Süd unterstützt bei Bedarf die Sektionen in den Wahlvorbereitungen, inkl. Soziale Medien, dort sehen wir grosses Potenzial. Nebst dem Betreuen und Unterstützen der Sektionen braucht es auf jeder Stufe vermehrt strategische Planung. Personell und zu den Themenschwerpunkten, aber auch finanziell. Fyrabebier, Standaktionen, Jass- und Racletteabende oder besondere Ideen wie bspw. Umwelttage helfen, die Sichtbarkeit zu verbessern und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern aktiv zu führen. Viel Erfolg und gute Gespräche.

Grossratswahlen 2026: Nebst den 20 Persönlichkeiten auf der Hauptliste konnten wir Ende Juni im Wahlkreis SVP Mittelland Süd auch eine Junge Liste mit 10 jungen Nachwuchshoffnungen nominieren. Wir fördern so aktiv den Nachwuchs, sind stolz und freuen uns auf frischen Wind.

Sozusagen als Kickoff zu den geplanten Wahlanlässen hat aNR Adrian Amstutz zum Schweiz-EU-Rahmenabkommen im November eine klare und für jedermann verständliche Ausgangslage skizziert. Volle Ränge, super Anlass, Danke der Sektion Riggisberg für diesen Abend.

Zum Schluss: Den Jahresabschluss des Politjahres der SVP Mittelland Süd im Dezember beinhaltet die Planung der Agenda 2026, abgerundet mit einem gemütlichen Chlouse Höck im Gewölbekeller des Restaurants Löwen Grosshöchstetten. Vielen Dank der Sektion Grosshöchstetten. **Fazit:** Wir sind bereit, zusätzliche Wähler zu gewinnen – los geht's!

Hans Jörg Rüegesegger, Präsident, Nationalrat, Riggisberg

Wahlkreis Thun



Neben den bereits laufenden Vorbereitungen für die kantonalen Wahlen 2026 stand der Beginn des Jahres ganz im Zeichen der Regierungsstatthalterwahlen. Am 18. Mai 2025 fanden die Gesamterneuerungswahlen der Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter statt. Im Verwaltungskreis Thun kam es zu einer Kampfwahl zwischen der bisherigen Amtsinhaberin und einem Herausforderer. Der Wahlkreis unterstützte dabei den Kandidaten der FDP. Die parteilose Amtsinhaberin Simone Tschopp konnte ihr Amt klar verteidigen. Sie erreichte 15'354 Stimmen und übertraf damit das absolute

Mehr deutlich. Ihr Herausforderer Alisha Walter (FDP) kam auf rund 7'100 Stimmen. Die Regierungstatthalterwahlen 2025 in Thun waren somit von einem klaren Resultat zugunsten der bisherigen Amtsinhaberin geprägt, bei gleichzeitig eher geringer Mobilisierung der Stimmberechtigten. Eine Ablösung im Amt ist daher nicht gelungen, was angesichts des grossen überparteilichen Engagements enttäuschend ist.

Die Vorbereitungen für die kantonalen Wahlen 2026 standen im Berichtsjahr im Zentrum der politischen Arbeit des Wahlkreises Thun. Frühzeitig wurden die organisatorischen, personellen und strategischen Grundlagen geschaffen, um mit einer starken und breit abgestützten Kandidatur in den Wahlkampf zu starten. Ein bedeutender Meilenstein war die Nomination von Raphael Lanz als Regierungsratskandidat. Mit seiner politischen Erfahrung und seiner regionalen Verankerung stellt er eine überzeugende Persönlichkeit dar, welche die Anliegen der SVP im Kanton Bern wirkungsvoll vertreten kann. Der Wahlkreis SVP Thun unterstützt seine Kandidatur geschlossen und engagiert. Auch auf Ebene des Grossen Rates konnte der Wahlkreis gute Listen präsentieren. Insgesamt tritt die SVP Thun mit drei Listen und 40 Kandidatinnen und Kandidaten zu den Wahlen an.

Der Wahlleiter Thomas Winkler leistete dabei einen ausserordentlichen Einsatz. Mit grossem organisatorischem Geschick, hoher Präsenz und klarer Struktur führte er die Vorbereitungsarbeiten zielgerichtet voran. Er koordinierte die verschiedenen Aktivitäten innerhalb des Wahlkreises, sorgte für reibungslose Abläufe und trug massgeblich zur Geschlossenheit und Effizienz des Teams bei. Auch der Regierungsratskandidat Raphael Lanz überzeugte durch seinen unermüdlichen Einsatz. Mit zahlreichen Auftritten, persönlichem Engagement und klaren politischen Botschaften gelang es ihm, frühzeitig Präsenz zu zeigen und die Basis zu mobilisieren. Seine Nähe zur Bevölkerung sowie seine hohe Glaubwürdigkeit stärkten die Position der SVP im Wahlkreis zusätzlich.

Ein besonderer Dank gilt dem Wahlkreis Oberland sowie dessen Präsidenten Bruno Stucki für die wertvolle und engagierte Unterstützung im vergangenen Jahr. Die enge Zusammenarbeit und die tatkräftige Mithilfe zugunsten der Kandidatur von Raphael Lanz als Regierungsrat wurden vom Wahlkreis SVP Thun sehr geschätzt. Dieses überregionale Engagement hat wesentlich zur Stärkung der gemeinsamen politischen Ziele beigetragen und unterstreicht den starken Zusammenhalt innerhalb der Partei.

Ganz grossen Dank an das Büro des Wahlkreises. Mit der Vizepräsidentin, Isabelle Glauser, dem 2. Vize Andreas Graber, dem Sekretär Klaus Mürger, Wahlleiter Thomas Winkler und dem Kassier Thomas Bieri habe ich grosse Schützenhilfe!

Der Wahlkreis Thun freut sich auf die kantonalen Wahlen 2026!.

Philipp Deriaz, Präsident, Thun

Wahlkreis Oberland



Das politische Jahr 2025 war für den Wahlkreisverband Oberland ein Jahr mit wichtigen Ereignissen, engagierter politischer Arbeit und auch Momenten des Abschieds. Gemeinsam konnten wir verschiedene politische Herausforderungen angehen und wichtige Weichen für die kommenden Jahre stellen.

Als Präsident danke ich allen Mitgliedern, Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie den Ortssektionen herzlich für ihren Einsatz zugunsten unserer Partei und unserer Region.

Ein besonderer Erfolg im vergangenen Jahr war der Sitzgewinn von Peter Zumbunn als Regierungsstatthalter im Verwaltungskreis Interlaken-Oberhasli. Dieses Resultat zeigt, dass die SVP im Berner Oberland weiterhin stark verankert ist und das Vertrauen der Bevölkerung genießt. Der Wahlerfolg ist auch ein Zeichen für die engagierte Arbeit unserer Mitglieder und der lokalen Sektionen.

Arianne Notaris wurde in ihrem Amt nicht herausgefordert und wurde damit im Amt als Regierungsstatthalterin Frutigen-Niedersimmental bestätigt. Wir wünschen den beiden viel Erfolg.

Enttäuschend verlief die Wahl im Obersimmental-Saanen. Den Sitz konnte aus bekannten Gründen leider nicht verteidigt werden. Michael Teuscher danken wir für den Einsatz während den letzten Jahren.

Einen wichtigen Schwerpunkt im Jahr 2025 bildeten die Vorbereitungen für die Grossratswahlen 2026. Die Wahlleitung stand unter der Führung von Nationalrat Thomas Knutti. Zusammen mit seinem Team konnten drei Listen mit insgesamt 32 Kandidaten und Kandidatinnen gefunden werden.

Unser Ziel ist es, die starke Vertretung des Berner Oberlandes im Grossen Rat zu sichern und weiter auszubauen.

Mit grosser Betroffenheit mussten wir im vergangenen Jahr vom langjährigen Mitglied Martin Josi Abschied nehmen, er verstarb in seinem 92. Lebensjahr. Martin Josi amtierte von 1985-1999 als Direktor der BLS, nebst verschiedenen Funktionen in seiner Gemeinde war er als Gerichtspräsident im Niedersimmental tätig, bis er 1971 zum Staatsschreiber gewählt wurde.

Mein besonderer Dank gilt allen Vorstandsmitgliedern, den Präsidentinnen und Präsidenten der Ortssektionen sowie allen Mitgliedern, die sich im vergangenen Jahr für unsere Partei eingesetzt haben. Ohne dieses Engagement wäre unsere politische Arbeit nicht möglich. Gemeinsam werden wir auch die kommenden Herausforderungen anpacken und uns weiterhin mit Überzeugung für die Interessen des Berner Oberlandes einsetzen. Ich danke allen für die Unterstützung und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

Bruno Stucki, Präsident, Wimmis

Gerichte und Generalstaatsanwaltschaft

Obergericht



Die Zivil- und Strafgerichtsbarkeit, zu der neben dem Obergericht die erstinstanzlichen Zivil- und Strafgerichte sowie die Schlichtungsbehörden gehören, beurteilte im Jahr 2025 insgesamt 36'393 Fälle (Vorjahr 35'424) und erteilte 20'748 Rechtsberatungen (Vorjahr 21'316). 82% der Fälle (Vorjahr 81%) stellen Zivil- und 18% der Fälle (Vorjahr 19%) Strafverfahren dar. Das Fallvolumen wird durch die Geschäfte der Anwaltsaufsichtsbehörde, der Anwaltsprüfungskommission sowie durch die internationale Rechtshilfe in Zivilprozessen ergänzt.

Die erstinstanzlichen Strafgerichte sprachen 306 obligatorische Landesverweisungen aus (Vorjahr 248). Die Anwendungsquote lag bei 84% (Vorjahr 86%), die Härtefallquote bei 13% (Vorjahr 10%). Anlässlich von 67 Berufungsverfahren (Vorjahr 59) bestätigten die Strafkammern in 82% der Fälle (Vorjahr 81%) das erstinstanzliche Urteil bezüglich Landesverweisung.

Wie schon in den letzten Jahren konnte die Justiz die zunehmende Anzahl von Fällen nicht innert angemessener Dauer erledigen. Befristete Entlastungsstellen vermochten daran nichts zu ändern. Die verfassungskonforme Gewährleistung der Rechtsprechung erforderte deshalb einen Personalausbau, den der Grosse Rat mit dem Budget 2026 bewilligt hat.

Im Richtergremium des Obergerichts nahmen Sandra Gutmann (Grüne) und Roland Sarbach (SVP) ihre Tätigkeit auf. Sie ersetzten Oberrichterin Myriam Grütter (Grüne) sowie Oberrichter Christian Josi (SVP). Der Grosse Rat hat weiter Gerichtspräsident Jürg Christen (SP) sowie die beiden Gerichtspräsidentinnen Natalie Fritz (Grüne) und Véronique Baillif (FDP) als neue Ersatzmitglieder des Obergerichts gewählt. In der ersten Instanz traten acht neue Richterinnen und Richter ihr Amt an.

Das Berichtsjahr war das erste Amtsjahr des vom Grossen Rat per 1. Januar 2025 zum Obergerichtspräsidenten gewählten Oberrichters Marcel Schlup (SVP). Er war zuvor Leiter der Zivilabteilung sowie Vizepräsident und folgte auf Oberrichterin Annemarie Hubschmid Volz (SVP), die während sechs Jahren die Geschicke des Obergerichts geleitet hatte. In betrieblicher Hinsicht hatte sich das Obergericht unter anderem mit dem Kantonswechsel von Moutier (Projekt Avenir Berne romande), der Teilzentralisierung des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts und der prekären Raum- und Sicherheitssituation am Obergericht zu befassen.

Roger Zuber, Oberrichter, Bern

Verwaltungsgericht



Im Jahr 2025 sind beim Verwaltungsgericht 1'315 neue Fälle eingegangen, 1'193 Fälle wurden erledigt und 965 auf das Folgejahr übertragen. Im Verwaltungsrecht waren 435 und im Sozialversicherungsrecht 880 Eingänge zu verzeichnen.

Dem Verwaltungsgericht obliegen parallel zum Kerngeschäft, d.h. der Rechtsprechung, die Vorbereitung seines Voranschlags sowie die Rechnungsführung, der Rechnungsabschluss und die damit verbundene Berichterstattung für die gesamte Verwaltungsgerichtsbarkeit. Es ist weiter verantwortlich für die Administration der gesamten Verwaltungsgerichtsbarkeit und übt die Aufsicht über die übrigen verwaltungsunabhängigen Justizbehörden, d.h. über die Steuerrekurskommission, die Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern, die Enteignungsschätzungskommission sowie die Bodenverbesserungskommission aus.

Im vergangenen Jahr ist sowohl die Zahl der Eingänge wie der Pendenzen bei bereits vorher hohem Niveau weiter angestiegen. Weiterhin ist dabei eine deutliche Tendenz zu komplexeren und damit auch längeren Verfahren zu erkennen. Die rasche Bearbeitung aller Fälle bleibt deshalb auch weiterhin ein wichtiges Ziel der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Die Verfahren im Dienste der Rechtsuchenden unter Wahrung sämtlicher Verfahrensrechte so rasch wie möglich zum Abschluss zu bringen, ist dabei eine grosse Herausforderung und führt für die Mitarbeitenden aller Abteilungen des Verwaltungsgerichts und der erstinstanzlichen Kommissionen zu einer erheblichen Belastung. Dank dem grossen Einsatz aller Angehörigen der Verwaltungsgerichtsbarkeit auch im Jahr 2025 konnte die Qualität der Rechtsprechung aufrechterhalten werden.

Die Urteile des Verwaltungsgerichts stehen der Öffentlichkeit kostenlos auf seiner Homepage zur Verfügung, wobei diese auch gesondert nach Leitentscheiden durchsucht werden können. Für weitere Informationen wird auf den ausführlichen Jahresbericht verwiesen, der auf der Homepage des Gerichts zur Verfügung steht.

Dr. iur. Ivo Schwegler, Verwaltungsrichter, Boll

Generalstaatsanwaltschaft



Mit 126'868 eingegangenen Anzeigen ist im Berichtsjahr eine Zunahme von 6% gegenüber dem Vorjahr erfolgt. Das hohe Anzeigenvolumen der Jahre 2016 bis 2019 wurde – nach einer Baisse in den epidemiegeprägten Jahren – das dritte Jahr in Folge erreicht (Höchststand seit 2011). Die regionalen Staatsanwaltschaften haben erneut mehr Untersuchungen eröffnet als im Vorjahr (+7%). Die Altersstruktur der Fälle hat sich weiter verschlechtert. Bei der

Staatsanwaltschaft für besondere Aufgaben haben die Eingänge erneut zugenommen. Im Bereich der Wirtschafts- und Jugendkriminalität bleibt die Geschäftslast hoch. Die Verfahrenseingänge im Strafbefehlsverfahren haben leicht zugenommen. Von 83'958 erlassenen Strafbefehlen wurden lediglich 0,6% mit

Einsprache angefochten; die Pendenzen liegen über dem Zielwert. Auch die interkantonalen Gerichtsstandsverfahren haben um 478 Dossiers und mithin erneut signifikant zugenommen (+13%).

Der Geschäftseingang ist durch die Staatsanwaltschaft nicht steuerbar. Jeder Eingang ist rechtsstaatlich einwandfrei zu behandeln. Die personelle Dotation steht in einem Missverhältnis zu den Eingängen und Komplexität der Verfahren. Die Belastung ist weiterhin zu hoch.

Per 1. April 2025 hat Annatina Schultz die Leitung der Staatsanwaltschaft des Kantons Bern übernommen. Der bisherige Generalstaatsanwalt Michel-André Fels trat in den Ruhestand. Simone Steffen wurde zur stv. Generalstaatsanwältin gewählt. Roman Sigrist übernahm die Leitung der Staatsanwaltschaft Wirtschaftsdelikte. Irma Jaggi und Miriam Hans wurden als Co-Leiterinnen der Staatsanwaltschaft Bern-Mittelland eingesetzt.

Gestützt auf eine Analyse der Belastung, Arbeitsweise und Personalentwicklung und nach der Umsetzung von Optimierungen hat die Staatsanwaltschaft die notwendige Dotation bestimmt und in einem über die Jahre 2025 bis 2027 etappierten Stellenbegehren umgesetzt. Dieses betrifft namentlich den Mehraufwand zufolge Revision der Strafprozessordnung, den Untersuchungsbereich und die Jugendanwaltschaft. Mit dieser personellen Verstärkung soll dem anwachsenden Pendenzenberg Einhalt geboten und mittelfristig eine konstante, zumutbare Belastung erreicht werden. Mit der Genehmigung des Budgets 2026 hat der Grosse Rat die zweite Etappe des Stellenbegehrens genehmigt. Die Genehmigung der dritten Etappe (per 2027) bzw. deren Umsetzung wird die Ressourcen in ein besseres Verhältnis zum Strafverfolgungsauftrag setzen können, dies allerdings in Abhängigkeit von der weiteren Eingangsentwicklung und Komplexität der Verfahren.

Die Staatsanwaltschaft hat aus Gründen des Investitionsschutzes und aufgrund des Risikos weiterer Verzögerungen entschieden, auf die Realisierung der Fachapplikation Rialto zu verzichten (Vorhaben Neue Vorgangsbearbeitung, NeVo). Die Lieferantin (Swisscom) und die Staatsanwaltschaft einigten sich darauf, die geltenden Verträge rückabzuwickeln. Nach einer Übergangsphase werden die Geschäftsfälle, die heute im Minimum viable product (MVP) von Rialto bearbeitet werden, wiederum in Tribuna behandelt werden. Es wird zu entscheiden sein, in welche Richtung sich die Staatsanwaltschaft im Bereich der Geschäftsverwaltung weiterentwickeln soll. In diesem Prozess, in dem sich zurzeit zahlreiche andere Justizbehörden befinden, werden die Erkenntnisse und Erfahrungen aus dem Vorhaben NeVo eingebracht werden.

Die Produktgruppe schliesst bei einem budgetierten Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung (Globalbudget) von CHF 47,1 Mio. mit CHF 46,5 Mio. um rund CHF 0,6 Mio. (1,3%) besser ab als geplant.

Christof Scheurer, stv. Generalstaatsanwalt, Bern

IV. Organisation / Personelles

Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane

Geschäftsleitung (GL)

Präsident:	Manfred Bühler, Cortébert
Vizepräsidenten:	Beat Bösiger, Niederbipp Nadja Günthör, Erlach (ab 15.01.) Anne Speiser, Zweisimmen (bis 30.04.)
Geschäftsführerin:	Aliki M. Panayides, Ostermundigen
Finanzverantwortlicher:	Jean-Michel With, Belp
Fraktionspräsidentin	Barbara Josi, Wimmis
Präsidentin SVP Frauen:	Daria Winkelmann-Rösti, Siselen
Weitere Mitglieder der GL:	Alfred Bärtschi, Lützelflüh Rudolf Friedli, Bern Lars Guggisberg, Kirchlindach Reto Jakob, Steffisburg Sandra Schneider, Biel

Parteivorstand (PV)

Mitglieder der Geschäftsleitung (s.o.)

Regierungsmitglieder:	Bundesrat Albert Rösti, Uetendorf Regierungspräsident Christoph Neuhaus, Bau- und Verkehrsdirektor, Kaufdorf Regierungsrat Pierre Alain Schnegg, Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektor, Champoz
Eidg. Parlamentarier:	Ständerat Werner Salzmann, Mülchi Nationalrat Manfred Bühler, Cortébert Nationalrat Lars Guggisberg, Kirchlindach Nationalrat Erich J. Hess, Bern Nationalrat Thomas Knutti, Weissenburg Nationalrätin Katja Riem, Kirchdorf Nationalrat Hans Jörg Rügsegger, Riggisberg Nationalrätin Nadja Umbricht Pieren, Heimiswil Nationalrat Ernst Wandfluh, Kandergrund

Vertreter Fachkommissionen:

Alfred Bärtschi, Lützelflüh (Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission)

Nadja Günthör (Bildungskommission)

Raphael Lanz, Thun (Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission)

Andreas Michel, Meiringen (Gesundheits- und Sozialkommission)

Mathias Müller, Orvin (Sicherheitskommission) (bis 20.11.)

Hans Schori, Wiler b. Seedorf (Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen)

Adrian Spahr, Lengnau (Sicherheitskommission) (ab 20.11.)

Vertreter der Jungen SVP: Adrian Spahr, Lengnau

Vertreter SVP Senioren: Ulrich Iseli, Madiswil

Präsidenten Wahlkreisverbände:

Markus Baumann, Nidau (bis 03.09.)
Philipp Deriaz, Thun
Thomas Fuchs, Bern
Andrea Gschwend-Pieren, Heimiswil
Barbara Holzer-Moser, Ins (ab 03.09.)
Samuel Leuenberger, Bannwil
Hans Jörg Rüeegsegger, Riggisberg
Walter Schilt, Vechigen (bis 09.04.)
Bruno Stucki, Wimmis
Patrick Tobler, Crémines
Kurt Wenger, Meikirch (ab 09.04.)

Präsidenten kant. Wirtschaftsverbände

Jürg Iseli, Zwieselberg (BEBV)
Ernst Kühni (Berner KMU)

Weitere Mitglieder:

Daniel Bichsel, Zollikofen

Grossratsfraktion

Aebi Markus, Hellsau (bis 30.04.)
Aebischer Verena, Guggisberg
Augstburger Ueli, Gerzensee (bis 30.09.)

Bangerter Jann Fritz, Bern (seit 13.06.)

Bärtschi Alfred, Lützelflüh

Bichsel Daniel, Zollikofen

Bösiger Beat, Niederbipp

Brügger Bernhard, Höfen b. Thun

Brunner Toni, Landiswil

Fiechter Nils, Oberwil

Fischer Rudolf, Bätterkinden

Freudiger Patrick, Langenthal

Fuchs Thomas, Bern

Gartenmann Stephanie-Marion, Lauterbrunnen (seit 01.10.)

Gerber Markus, Bellelay (seit 15.10.)

Gfeller Ueli, Schangnau

Graber Anne-Caroline, La Neuveville

Gschwend-Pieren Andrea, Heimiswil

Günthör Nadja, Erlach

Hebeisen Annegret, Münchenbuchsee

Iseli Roland, Rüscheegg

Jakob Reto, Steffisburg

Josi Barbara, Wimmis

Klopfenstein Etienne, Corgémont

Krähenbühl Samuel, Unterlangenegg

Lanz Raphael, Thun

Lerch Martin, Langenthal

Leuenberger Samuel, Bannwil

Marti Benjamin, Belp

Michel Andreas, Meiringen

Müller Mathias, Orvin

Ochsenbein Maxime, Bévilard

Rashiti Korab, Gerolfingen (bis 12.06.)

Ryser Roland, Affoltern i. E. (seit 01.05.)

Salzmann Peter, Mülchi

Schilt Walter, Utzigen

Schlup Martin, Schüpfen

Schneider Sandra, Biel

Schori Hans, Wiler b. Seedorf

Schüpbach Andreas, Huttwil

Spahr Adrian, Lengnau

Speiser Anne, Zweisimmen

Sutter Walter, Langnau

Tobler Marc, Moutier (bis 30.09.)

Wenger Kurt, Meikirch

Zbinden Reto, Mittelhäusern

Zimmermann Kurt, Frutigen

Zulliger Fabian, Gerzensee (seit 01.10.)

Zumbrunn Peter, Brienz (bis 30.09.)

Vertretung in der SVP Schweiz (Stand 31.12.2025)

Mitglieder des Parteivorstandes (alphabetisch)

Jolanda Brunner, Spiez
Manfred Bühler, Nationalrat, Cortébert (ex officio)
Thomas Fuchs, Grossrat, Bern
Nils Fiechter, Grossrat, Präsident JSVP Schweiz, Oberwil i.S. (ex officio)
Andrea Gschwend-Pieren, Grossrätin, Kaltacker
Lars Guggisberg, Nationalrat, Kirchlindach
Miriam Gurtner, Konolfingen
Helena Morgenthaler, Langenthal
Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Albert Rösti, Bundesrat, Uetendorf (ex officio)
Werner Salzmann, Ständerat, Mülchi
Inge Schütz, Präsidentin SVP International, Belpberg (ex officio)
Janosch Weyermann, Stadtrat, Bern

Mitglieder der Parteileitung

Manfred Bühler, Nationalrat, Cortébert (ex officio)
Nils Fiechter, Grossrat, Präsident JSVP Schweiz, Oberwil i.S. (ex officio)
Lars Guggisberg, Nationalrat, Kirchlindach
Albert Rösti, Bundesrat, Uetendorf (ex officio)
Inge Schütz, Präsidentin SVP International, Belpberg (ex officio)

Parteisekretariat

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Reto Niederhauser, stv. Geschäftsführer und Fraktionssekretär, Gümligen
Céline Jürgensen, Sekretärin, Ittigen
Angelo Andres, freier Mitarbeiter/Webmaster, Ostermundigen

Stiftungsrat «Hilfsfonds SVP Kanton Bern»

Urs Buri, Hasle b. B. (Präsident)
Andreas Burren, Lanzenhäusern (Sekretär)
Jean-Michel With, Vize-Präsident (Belp)
Daniel Stoller, Reichenbach (Kassier)
Pierre Berger, Mont-Crosin (Beisitzer)

Vorstand des «Bären-Club» der SVP Kanton Bern

Thomas Fuchs, Grossrat, Bern
Bethli Küng, alt Grossrätin, Saanen
Mathias Müller, Grossrat, Orvin
Markus Steiner, Fraubrunnen
Beat Bösiger, Grossrat, Niederbipp (Vertretung der Parteileitung)

Beratend:

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin SVP, Ostermundigen

Jean-Michel With, Finanzverantwortlicher SVP, Belp

Unsere Verstorbenen

Im Berichtsjahr hatte die Partei den Verlust von vier Exponenten zu beklagen.

Bernhard Wyttенbach, alt Grossrat, Thun, verstarb in seinem 81. Lebensjahr. Er war Stadtratsmitglied, bevor er die SVP Kanton Bern von 1999 bis 2003 im Grossen Rat vertrat. Danach engagierte er sich bis 2009 als Regierungsstatthalter.

Arnold Lüthi, alt Grossrat, Uetendorf, verstarb in seinem 86. Lebensjahr. Er vertrat die SVP Kanton Bern von 1994 bis 2002 im Grossen Rat, engagierte sich als Gemeinderat und Gemeindepräsident auch in seiner Gemeinde und war in seiner Region in verschiedenen Ämtern aktiv.

Martin Josi, ehem. Staatsschreiber, Wimmis, verstarb in seinem 92. Lebensjahr. Er war in diversen Funktionen für die Bevölkerung seiner Gemeinde und des Kantons aktiv. Politisch amtierte er als Gemeinderat und als Gemeinderatspräsident, beruflich als Adjunkt der Justizdirektion und anschliessend als Gerichtspräsident, bevor er zum Staatsschreiber gewählt wurde. Seine berufliche Karriere schloss er als BLS-Direktor ab.

Lucien Juillerat, alt Grossrat, Sornetan, verstarb in seinem 77. Lebensjahr. Er vertrat die SVP Kanton Bern von 1991 bis 1994 im Grossen Rat und engagierte sich als Gemeinderat und Gemeindepräsident auch an seinem Wohnort. In Erinnerung bleiben wird er auch als Initiator des Gemeindefusionsprojekts Petit-Val, welches 2015 seinen erfolgreichen Abschluss fand.



V. Schlusswort der Geschäftsführerin



Die nationalen Wahlen werfen zwar in der Halbzeit der Legislatur schon ihre Schatten voraus, aber noch ging es im Berichtsjahr 2025 um die Vorbereitung der kantonalen Wahlen 2026. Die Listen füllten sich erfreulich rasch und wie immer mit kompetenten und motivierten Kandidierenden. Der Fokus lag schon in der Vorbereitungsphase auf den Social Media-Aktivitäten und die Wahlkreise ernannten daher für diese Wahlen nicht nur Plakatchefs, sondern auch Social Media-Verantwortliche. Erstmals floss auch ein Teil des Budgets in professionell erstellte Videos. Damit gelang es, die Accounts auf Instagram, Facebook, LinkedIn und YouTube zu stärken.

Zäher als die Vorbereitungen für die Grossratswahlen gestalteten sich die Verhandlungen für die Regierungsratswahlen. Die Ausgangslage präsentierte sich fast einmalig gut: Zwei Vakanzen auf linker Seite (1 SP, 1 Grüne) eröffneten neue strategische Varianten. Es bot sich die Gelegenheit, die bürgerliche Mehrheit langfristig zu sichern. Nach einem sorgfältigen Abwägen und vielen Sitzungen kam schliesslich das bürgerliche Fünfer-Ticket zustande. Das bürgerliche Wahlkomitee startete nach den langen Verhandlungen mit leichter Verspätung mit den Vorbereitungen, packte die Sache dann aber routiniert und in gutem Einvernehmen der Parteien SVP, FDP, Mitte und EDU an.

Im Herbst engagierte sich die SVP gegen die linke Volksinitiative für eine neue Formularpflicht zum Mietzins. Es gelang jedoch nicht, die Mehrheit der Stimmentenden zu einem Nein zu bewegen, obwohl die Aktivitäten früh starteten. Die steigenden Mietzinse und der relativ knappe Wohnraum bewegen die Leute und noch sehen viele die Zusammenhänge zur Zuwanderung nicht. Da wird noch viel Arbeit zu leisten sein für die Abstimmungen von 2026.

Gegen Schluss des Jahres wurden wir nebst den alltäglichen Arbeiten für die Sektionen, die Fraktion und den Gönner-Verein Bären-Club sowie für die Wahlen noch zusätzlich gefordert mit der logistischen Unterstützung eines überparteilichen Referendums. Das Referendum gegen den Beschluss des Grossen Rates vom 10. September 2025 betreffend das Geschäft «Zukunft Kunstmuseum Bern» – Sanierung und Ersatzneubau. Kantonsbeitrag an die Projektierung, Verpflichtungskredit 2026-2028» wurde nötig, nachdem man mit verschiedenen Anträgen im Grossen Rat keine Mehrheit für eine Redimensionierung fand. 147 Millionen sollen Sanierung und Neubauten in unmittelbarer Nähe zur Reitschule kosten. Über 14'000 Bogen wurden vom Sekretariat verarbeitet und sortiert, die Unterschriftenbogen quollen zeitweise über den ganzen Tisch und die Mitarbeiter, die mit dem Sortieren beschäftigt waren, träumten zuweilen noch davon. Mit wie vielen Unterschriften das Referendum schliesslich zustande kam, steht dann im nächsten Jahresbericht, zusammen mit dem Resultat der Abstimmung.

Aliki Panayides, Geschäftsführerin, Ostermündigen

VI. Die Partei in Zahlen

Sektion	Bestand 31.01.2025	Bestand 31.01.2026	Veränderung
Corgémont	21	21	0
Cortébert	16	16	0
Court	16	16	0
Courtelay	2	3	+1
La Chaux d'Abel	6	4	-2
La Ferrière	5	4	-1
La Neuveville	17	21	+4
Mont-Tramelan	1	1	0
Moutier	49	41	-8
Moutier Diverse	27	28	+1
Nods	2	2	0
Orvin	21	18	-3
Péry	7	8	+1
Plateau de Diesse	7	7	0
Reconvilier	26	23	-3
Renan	19	20	+1
Romont	4	4	0
Saint-Imier	28	28	0
Sauge	13	13	0
Sonceboz-Sombeval	8	10	+2
Sonvilier	7	6	-1
Tavannes	19	19	0
Tramelan	26	27	+1
Valbirse	26	28	+2
Berner Jura	373	368	-5
Aarwangen	77	70	-7
Auswil	12	13	+1
Bleienbach	76	71	-5
Busswil/Melchnau	66	61	-5
Eriswil	34	35	+1
Gondiswil	25	25	0
Herzogenbuchsee	84	81	-3
Huttwil/Wyssachen	157	154	-3

Langenthal/Obersteckholz	242	243	+1
Lotzwil	40	42	+2
Madiswil	95	93	-2
Niederbipp	133	130	-3
Oberbipp	59	59	0
Roggwil	90	94	+4
Rohrbach	34	26	-8
Seeberg/Hermiswil/Ochlenberg	51	49	-2
Thörigen	29	25	-4
Thunstetten	48	52	+4
Walterswil	40	42	+2
Wiedlisbach/Attiswil/Farnern/ Rumisberg	40	45	+5
Wangen a. Aare	44	51	+7
Einzelmitglieder	50	51	+1
Oberaargau	1526	1512	-14
Aefligen	28	28	0
Affoltern i. E.	71	71	0
Alchenstorf	40	42	+2
Bätterkinden	72	76	+4
Burgdorf	74	81	+7
Dürrenroth	42	34	-8
Eggwil-Röthenbach	108	98	-10
Ersigen	86	87	+1
Hasle b. B.	59	62	+3
Heimiswil	74	68	-6
Kirchberg	71	74	+3
Koppigen	74	70	-4
Krauchthal	83	85	+2
Langnau i. E.	110	104	-6
Lauperswil	44	41	-3
Lützelflüh	74	76	+2
Lyssach	53	53	0
Oberburg	133	132	-1
Rüderswil	34	34	0
Rüdtligen-Alchenflüh	29	29	0

Rüegsau	82	89	+7
Schangnau	79	80	+1
Signau	55	54	-1
Sumiswald/Wasen	133	132	-1
Trachselwald	25	25	0
Trub/Trubschachen	54	47	-7
Utzenstorf	83	84	+1
Wynigen	87	81	-6
Einzelmitglieder	43	44	+1
Emmental	2000	1981	-19
Aarberg	119	111	-8
Aegerten-Brügg	17	15	-2
Biel / Bienne	119	97	-22
Bütigen	26	27	+1
Bühl	22	22	0
Büren a. Aare	78	84	+6
Dotzigen	46	43	-3
Epsach	14	14	0
Grossaffoltern	63	69	+6
Grosses Moos	21	22	+1
Ins	125	126	+1
Ipsach	22	24	+2
Jens	13	13	0
Jolimont	105	100	-5
Kallnach	48	52	+4
Kappelen	49	49	0
Lengnau	61	60	-1
Lyss-Busswil	91	93	-2
Meinisberg	25	26	+1
Müntschemier	38	39	+1
Nidau	10	10	0
Oberwil b. Büren	37	37	0
Orpund	44	45	+1
Pieterlen	41	40	-1
Port	44	48	+4
Radelfingen	59	59	0

Rapperswil	63	62	-1
Safnern	36	35	-1
Schüpfen	97	101	+4
Schwadernau	14	15	+1
Seedorf	126	127	+1
Studen	15	15	0
Sutz-Lattrigen	13	14	-1
Täuffelen	57	61	+4
Treiten	30	30	0
Twann-Tüscherz-Alfermée	4	5	+1
Walperswil	38	38	0
Wengi	33	33	0
Worben	43	45	+2
Einzelmitglieder	13	13	0
Seeland	1919	1919	0
Bolligen	81	72	-9
Bremgarten b. Bern	27	23	-4
Ferenbalm	60	62	+2
Fraubrunnen	103	99	-4
Frauenkappelen	26	26	0
Gurbrü	26	25	-1
Ittigen	41	39	-3
Jegenstorf-Münchringen	75	72	-3
Kirchlindach	65	69	+4
Kriechenwil	10	11	+1
Laupen	35	36	+1
Mattstetten	21	22	+1
Meikirch	56	56	0
Moosseedorf	51	51	0
Mühleberg	74	73	-1
Münchenbuchsee	133	124	-9
Münchenwiler	6	6	0
Muri-Gümligen	73	75	+2
Neuenegg	161	170	+9
Ostermundigen	60	61	+1
Stettlen	31	34	+3

Urtenen-Schönbühl	59	62	+3
Vechigen	153	149	-4
Wohlen b. Bern	97	90	-7
Worb	108	107	-1
Zollikofen	90	94	+4
Mittelland-Nord	1721	1708	-13
Bern Stadt	390	396	+6
Arni	22	20	-2
Belp	119	125	+6
Biglen	54	55	+1
Bowil	32	33	+1
Gerzensee	80	81	+1
Grosshöchstetten	37	39	+2
Guggisberg	36	29	-7
Kehrsatz	27	29	+2
Kiesen-Oppligen	63	61	-2
Kirchdorf	70	71	+1
Köniz	184	200	+16
Konolfingen	99	98	-1
Landiswil	56	56	0
Linden	56	31	-25
Münsingen	65	69	+4
Oberbalm	27	24	-3
Oberdiessbach	68	69	+1
Oberthal	7	8	+1
Riggisberg	81	84	+3
Rüeggisberg/Längenberg	67	67	0
Rüschegg	22	24	+2
Schwarzenburg	92	85	-7
Thurnen	34	39	+5
Toffen	43	38	-5
Walkringen	33	38	+5
Wichtrach	67	69	+2
Zäziwil	65	68	+3
Mittelland-Süd	1606	1610	+4

Amsoldingen	29	30	+1
Buchholterberg-Wachseidorn	105	110	+5
Burgistein	24	22	-2
Heimberg	59	61	+2
Hilterfingen	32	29	-3
Linkes Zulgegebiet - Umgebung	50	48	+2
Oberhofen	37	37	0
Reutigen	54	55	+1
Schwarzenegg-Fahrni	127	128	+1
Seftigen	43	40	-3
Sigriswil	128	136	+8
Steffisburg	109	109	0
Stockhorn	35	38	+3
Thierachern	44	43	-1
Thun	167	179	+12
Uebeschi	23	22	-1
Uetendorf	125	123	-2
Uttigen	32	32	0
Wattenwil	78	73	-4
Thun	1301	1315	+14
Adelboden	31	27	-4
Aeschi b. Spiez	76	78	+2
Beatenberg	37	40	+3
Boltigen	24	24	0
Brienz	52	49	-3
Därstetten/Weissenburg	61	61	0
Diemtigen	42	40	-2
Erlenbach	20	20	0
Frutigen	144	143	-1
Grindelwald	102	100	-2
Gsteig	21	21	0
Habkern	27	27	0
Interlaken	49	54	+5
Kandersteg	22	23	+1
Lauterbrunnen	18	23	+5
Lenk	48	50	+2

Matten	46	41	-5
Oberhasli	101	94	-7
Oberwil i. S.	28	27	-1
Reichenbach	72	76	+4
Ringgenberg/Goldswil	38	35	-3
Saanen	171	174	+3
Spiez	105	105	0
St. Stephan	81	80	-1
Unterseen	50	50	0
Wilderswil	45	40	-5
Wimmis	118	118	0
Zweisimmen	54	54	0
Einzelmitglieder	1	1	0
Oberland	1684	1675	-9
Direktmitglieder Kanton	104	106	+2
Total Kanton Bern	12624	12590	-34